

Arbeiter-Zeitung

A

**Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe
Kein Betrieb ohne Belegschafts-Versammlung!**

für Schlesien

**Organ der SPD, Section der 3. Internationalen
Mit der besten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

Hauptexpedition: Breslau 10, Kröniger Straße 50, Gen-
sprechler 460 89. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Expedition: Breslau 10, Kröniger Straße 50 (Bord-
haus). Fernsprecher 489 02. Erscheinungstag: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsband: Breslau. — Bez-
ugs: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau 10, Kröniger
Straße 50. Fernsprecher 460 89.

Staatskommissare zur Eintreibung der Steuern

Vorerst für Berlin und 50 preußische Großstädte / Gemeindeverwaltungen kündigen Einstellung der Wohlfahrtsunterstützungen an / Auch Antifaschistische Aktion, vor allem in den Betrieben, gegen die Massensteuern!

Trotz der drakonisch gekürzten Unterstützungssätze erhöht sich ständig der Bedarf der Gemeinden an Mitteln zur Wohlfahrtsunterstützung, da die bankrotten kapitalistischen Unternehmer schon seit Jahren Millionen Arbeitern den Zutritt zu den Arbeitsstätten verweigern und immer neue Hunderttausende aufs Pflaster werfen. Die kapitalistischen Stadtverwaltungen haben nicht die Bescheiden zu entsprechenden Steuern herangezogen, sie bauten nicht die Gehälter der oberen Bürokratie ab und verweigerten nicht die Zuschüsse zu den Volkseinkommen, sie versuchten sich aber so zu helfen, daß sie einen Teil der Gelder für einflussreiche Landessteuern einige Zeit zurückhielten.

Jetzt schickt der kommunistische preußische Innenminister Bracht nach Groß-Berlin und nach zunächst circa 50 anderen preußischen Städten Staatskommissare, die die Landessteuern von den Gemeinden eintreiben sollen.

Der Breslauer Regierungspräsident hat bereits vor einigen Tagen für die Weberstadt Langenbielau einen Staatskommissar bestellt. Der Hungeretat der Stadt Langenbielau weist nach vielen Absätzen immer noch einen Fehlbetrag von 456 350 Mark nach. Der Staatskommissar hat die Aufgabe, die kapitalistischen Staatsinteressen wahrzunehmen.

Das ist der faschistische Kurs der Staatskommissare, die von den Naziführern unterstützt werden!

Vor einigen Tagen haben elf Städte des Ruhrgebiets an Papen und Bracht ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Angesichts der auf das äußerste gestiegenen Finanznot der Industrie- und Bergbau-Gemeinden des Westens halten es die Stadtverordnetenversammlungen von Bochum, Vottrup, Castrop-Rauxel, Dortmund, Gelsenkirchen, Gladbeck, Herne, Recklinghausen, Wanne-Eickel, Wat-

tenscheid und Witten für ihre Pflicht, auch ihrerseits mit warnender Stimme auf die schweren Gefahren sozialer und wirtschaftlicher Art hinzuweisen, die hereinzubrechen drohen, wenn die Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, die Zahlungen für die Erwerbslosenfürsorge zu leisten.“

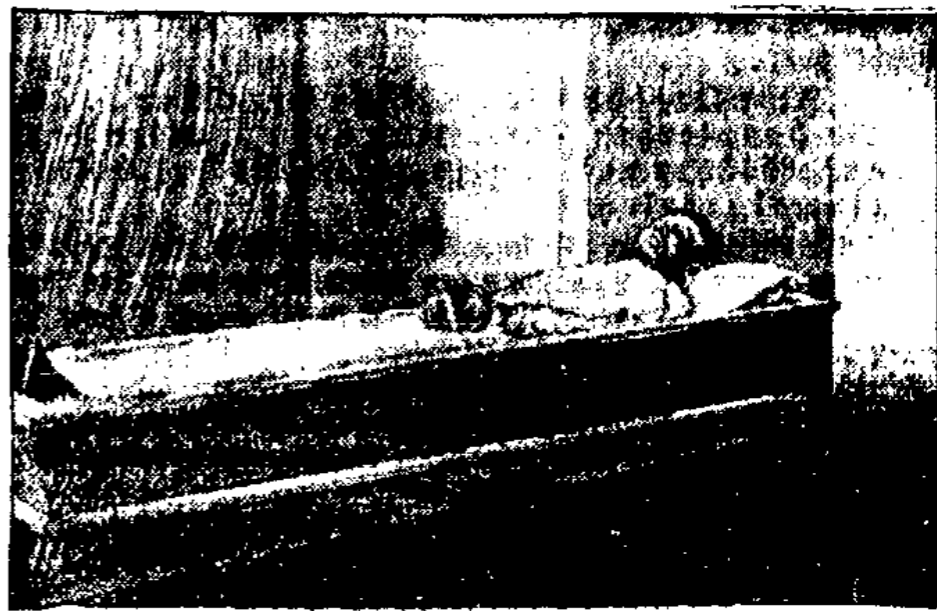
Die Gemeinden kündigen also die Einstellung der Wohlfahrtsunterstützung an. Die zentrümliche „Schlesische Volkszeitung“ schreibt zur Entsendung der Staatskommissare ebenfalls, daß die Gemeinden „die Zahlung der Wohlfahrtsunterstützungen einstellen müssen“.

So weit ist es unter der faschistischen Diktatur schon gekommen! Die letzten Rechte der Gemeinden werden aufgehoben. Die Hungernden sind vom Entzug der letzten Unterstützung bedroht! Auch dafür sind die Naziführer voll verantwortlich, sie haben der Papen-Regierung in den Sattel geholfen, sie unterstützen diese Regierung mit ihren preußischen Staatskommissaren.

Die Betriebsarbeiter haben vor allem den Kampf gegen die brutale Massenbesteuerung zu führen. Nicht nur durch den fortgesetzten Lohnraub, sondern auch noch durch die Massensteuern wird den Betriebsarbeitern, die schwer schuften müssen, und ihren Familien die Brotkrumen fortgesetzt geschmälert.

Die bedrohten notleidenden Massen müssen sich zur breitesten roten Einheitsfront gegen den Faschismus zusammenschließen. Der Kampf gegen den Unterbauabbau und -entzug muß verstärkt werden. Scharf auch um die kommunistische Partei, die wirkliche Arbeitsbeschaffung, Erhöhung der Unterstützungssätze, Befreiung der Massenbelastungssteuern, Abbau der gigantischen Volkseinkommen und die Millionärsteuer fordert.

Vormwärts in der Antifaschistischen Aktion!



Genosse Pietczuch, der von Nationalsozialisten auf bestialische Weise ermordet worden ist.

Christliche Arbeiter, Zentrumspartei und Antifaschistische Aktion!

Breslau, den 19. August.

Vor 31. Juli brachte der Zentrumspartei einen Gewinn von über 1/2 Million Stimmen. Während die Fronten des Klassenkampfes sich schärfer ausrichteten — auf der einen Seite Aufstehen der bürgerlichen Parteien durch die Hitlerpartei, also Sammlung der konterrevolutionären Kräfte; auf der anderen Seite der Wahlsieg der SPD, Gewinnung weiterer Hunderttausender, besonders aus den Reihen der SPD, für den revolutionären Ausweg — ist der „Zentrumsturm“ im Reichsmassstab stabil geblieben. Und dies trotz der Belastung dieser Partei in den Augen der christlichen Arbeiter, mit zwei Jahren-Brüning-Regierung, mit zwei Jahren NotverordnungsPolitik und ständig gesteigerter Verelendung der werktätigen Schichten.

Über diese Stabilität des Zentrums ist eben nur eine vorübergehende, die vor allen Dingen darauf beruht, daß neben der völlig ungenügenden Aufmerksamkeit, die wir der Bearbeitung der christlichen Arbeiterfragen widmeten, es das Zentrum meisterschaft verstanden hat, einen Scheinkampf gegen die Papen-Regierung und gegen die Nazis zu führen und damit in gerissenster Weise die zweifelhafte bei der überwiegenden Mehrheit der christlichen Arbeiter vorhandene antifaschistische Einstellung sich nutzbar zu machen.

Und trotz der demagogischen Manöver des Zentrums und trotz unserer ungenügenden Arbeit unter den christlichen Arbeiterschichten, hat

das Zentrum in Schlesien 8600 Stimmen verloren.

Gerade in unserem Bezirk, wo sich die NotverordnungsPolitik ganz besonders trüb in einer ungeheuren Verelendung der Arbeiterschaft und der werktätigen Schichten ausgedrückt hat, sind die eigenen Erfahrungen der christlichen Arbeiter mit dem NotverordnungsKurs der Zentrumspartei und ihres „Heros“ Brüning nachhaltiger gewesen, als die auf „Kampf“ abgestimmten Wählerreden dieser Leute. Daß die Verluste des Zentrums vor allen Dingen bei den Industriearbeitern

zu suchen sind (wie schon in der Entschlüsselung der Bezirksleitung der SPD zum Wahlresultat festgestellt wurde), zeigt ein Vergleich der Wahlergebnisse in den Gebieten, die als Hochburgen des Zentrums anzusprechen sind. So betragen die Verluste gegenüber 1930 z. B. in Breslau 3000, im Waldenburg-Neuroder Bergrevier 600, in den Kreisen Frankenstein 700, Münsterberg 500, Jogar im Glager und Habelschwerdter Gebiet 300 Stimmen. In diesen Gebieten hat die NotverordnungsPolitik Brüning zu einer Revolutionierung breiterer Schichten auch der christlichen Arbeiter geführt, die ihren Ausdruck

Betriebsarbeiter, Alarm!

Laute verhandeln Gewerkschaftsführer mit dem Reichsarbeitsminister wegen neuem Lohnabbau Reichsverband der Industrie proklamiert neuen Lohnabbau — Kein Betrieb ohne Einheitsausschlüsse zur sofortigen Organisierung des Massenstreiks gegen jeden Pfennig Lohnsenkung

Berlin, 19. August. (Sig. Drahtber.) Heute finden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen Vertretern der Spitzengewerkschaften und dem Reichsarbeitsminister statt. Wie die bürgerliche Presse meldet, soll es sich bei dieser Besprechung um einen „Meinungsaustausch“ über die Pläne für eine Auflockerung des Tarif- und Schlichtungswesens handeln, d. h. für die Arbeiterschaft ist große Gefahr im Verzuge. Der Beginn.

Die heute stattfindenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium sind ein Alarmzeichen an die gesamten Betriebsarbeiter. Die Gewerkschaftsführer werden, wie immer, auch dieses Mal die Forderungen auf Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch eine rabuläre Scheinopposition ablehnen. Die sozialdemokratische Presse hat es „gegen“ das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung ausgesprochen. Mit einer Scheinopposition wollen die Gewerkschaftsführer die Arbeiterklasse an die Lohnraubereien der Unternehmer kampflös ausliefern, und das muß verhindert werden.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, in dem die ausschlaggebenden Teile des Unternehmertums vereinigt sind, hat am 17. August eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Durchführung des neuen Lohnabbaues, über den Arbeitsdienst und die Regierungsfrage gesprochen. In der Mitteilung, die der Reichsverband über die Sitzung selbst herausgibt, wird der Arbeitsdienst gebilligt und die Umwandlung zur Arbeitspflicht gefordert, ferner wird angeklagt, daß

„die Produktionskosten verartig gesenkt werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können.“

Unter Senkung der Produktionskosten verstehen die faschistischen Unternehmer natürlich nicht Abbau der riesigen Direktorengehälter, sondern lediglich einen neuen Abbau der Löhne.

Ein neuer Lohnabbau kann bei der ebeden Lage der Arbeiterklasse nicht mehr hingenommen werden. Die Angriffe der Unternehmer und des faschistischen Machtapparates können aber nur dann erfolgreich abgewehrt werden, wenn die Betriebsarbeiter in geschlossener Einheitsfront mit der scharfen Waffe des Massenstreiks kämpfen.

Der Massenstreik muß organisiert werden

Deshalb ist es notwendig, daß sofort Abteilungs- und Betriebsversammlungen abgehalten werden, die entsprechende Kampfbeschlüsse zu fassen haben. Fordert von den Betriebsräten und allen übrigen Betriebsfunktionären, daß sie mit den Kampf organisieren. Die letzten Tage der Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion müssen zur Wahl von Einheitsausschlüssen auf breiter Basis ausgenutzt werden. Beantwortet die provokatorische Antündigung des Reichsverbandes der Industrie mit verstärkter Antifaschistischer Aktion der Betriebe und Gewerkschaften.

Heraus mit den verhafteten Ohlauer Männern und Frauen!

Betriebsarbeiter, Erwerbslose! Erhebt Protest in Belegschafts- und Stempelstellen-Versammlungen gegen das Sondergericht in Brieg, das ungeheure Klassenurteile gegen antifaschistische Arbeiter vorbereitet und fordert die sofortige Freilassung der verhafteten Männer und Frauen und deren Freispruch!

Land, z. B. bei den Vergängen anlässlich der Stilllegung der Wenzelsbrücke und auch bei den Gegendemonstrationen schon 1931 bei dem Besuch Brunnings im Glog-Neutode und Waldenburg. Die Reichsleiter in diesen Beobachtungen des Zentrums lassen eben so deutlich erkennen, daß die richtige Partei der kommunistischen Partei, vor allen Dingen die von uns geführten Aktionen, überall dort, wo das Zentrum verloren hat, zu einer wesentlichen Verbreiterung des Einflusses der KPD geführt haben.

Die Vorgänge nach der Wahl, die Steigerung der inneren Gegensätze und die Schwierigkeiten im Lager der Bourgeoisie, führen logischerweise dazu, daß das Zentrum mehr und mehr seine Scheinopposition aufgeben muß und im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Ausbeutungssystems, offen für die Einbeziehung der Nazis in die Regierung eintritt.

In dieser Linie liegen eine Reihe von Äußerungen maßgebender Zentrumsmitglieder und führender Zentrumszeitungen, von denen hier nur einige angeführt seien:

Die „Allgemeine Volkszeitung“ vom 2. August erklärt sich bereit für „schlechte und verantwortungsvolle Mitarbeit, ganz gleich, ob in der Regierung oder außerhalb der Regierung“. Wohl eine Äußerung, die das Zentrum allerdings mit aller Entschiedenheit ablehnen muß. Die ist: „Daß dem Nationalsozialismus nicht mehr weiter gestattet sein darf, um die Verantwortung einen großen Weg zu machen“.

Äußerungen gehen die Verhandlungen mit den während der Wahlkampagne „belämpften“ Nazis munter fort.

Genau offen schreibt „Der Deutsche“ vom 3. August, das Blatt der christlichen Gewerkschaften: „Die Zentrumsarbeiter „müssen jetzt eine Koalition mit den Nazis anstreben“. Prompt antwortet darauf Rosenberger im „Völkischen Beobachter“ vom 3. August mit der Feststellung, daß eine Koalition zwischen Zentrum und Nazis „theoretisch“ möglich sei, und er läßt sofort Vorschläge folgen, um diese „Theorie“ schnellstens in die Praxis umzusetzen. Es geht man beiderseits daran, sich die Karten zuzuspielen und planmäßig die während des Wahlkampfes „betonten „Gegenwärtige“ aus der Welt zu schaffen.

Der Zweck dieser ganzen Manöver wird durch das Zentralorgan der Zentrumspartei, durch die „Germania“ vom 1. August, klar gestellt. Die bei einer Analyse des Wahlergebnisses darauf hinweist, daß die Nazis ihre von der Bourgeoisie subventionierte Aufgabe, einen Einbruch in das Lager der Arbeiterklasse zu vollziehen, nicht erfüllt haben; daß im Gegenteil, durch den Erfolg der Kommunisten die Massenbasis sowohl der Nazis, wie auch der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie, der SPD, gefährdet ist. Wörtlich fährt die „Germania“ fort:

„Hier liegt das bedrohliche Anzeichen... wo die Hauptkräfte liegen, wenn der... allzu stark aufgeblähte nationalsozialistische Luftballon einmal zerplatzt.“

Die Erhaltung der Massenbasis durch die SPD und Nazis ist die größte Sorge, die Sammlung der Arbeiterklasse unter den siegreichen Fahnen der kommunistischen Partei ist die einzige Gefahr für die Bourgeoisie. Die christlichen Arbeiter aber, die sich von den „Kampfbrosen“ der Zentrumsführer einfangen lassen, die vor der Wahl gegen Papen-Regierung und Nazis gehalten wurden, erhalten gerade in diesen Tagen einen lehrreichen Anschauungsunterricht über die wahre Rolle der Zentrumspartei.

Es ist die Aufgabe der Kommunisten, den christlichen Arbeitern an Hand der Tatsachen klar zu machen, daß das Zentrum eine faschistische Partei

Forderung der Kommunisten zur

Reichstagseröffnung am 30. August

Fort mit Papen, fort mit allen Notverordnungen, fort mit den Tributzahlungen!

Berlin, 19. August. (Fig. Drahtber.) Nach einer gestern erfolgten Rücksprache mit dem Reichspräsidenten hat der Reichstagspräsident den neugewählten Reichstag auf Dienstag, den 30. August, nachmittags 3 Uhr, einberufen. In ihren Kommentaren schreibt die bürgerliche Presse darüber, daß nach den parlamentarischen Bestimmungen unsere Genossin Klara Zetkin berufen ist, den neuen Reichstagsfraktion wird die gesamte Notverordnungsfront von Weis bis Hitler zwingen, öffentlich Farbe zu bekennen.

Fort mit Papen, fort mit allen Notverordnungen, fort mit den Tributzahlungen!

Das sind die klaren und unmissverständlichen Forderungen, die im Namen des gesamten werktätigen Volkes erhoben werden.

„Magdeburger Tribüne“ verboten

Magdeburg, 19. August. (Fig. Drahtber.) Die kommunistische „Magdeburger Tribüne“ ist für drei Tage verboten worden. Die antifaschistische Bevölkerung beantwortet auch dieses neue Verbot mit einer noch viel stärkeren Unterstützung der kommunistischen Presse. Die Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion muß

von allen Genossen und Genossinnen zur Gewinnung neuer Abonnementen ausgenutzt werden. Die Betriebszellen haben die Werbegeheimnisse uns sofort mitzuteilen.

Kapitalistische Staatsmacht pfeift auf Immunität

Breslau, 19. August. Bei der Polizei-Aktion gegen die KPD, der Freiheitspartei des werktätigen Volkes, wurde unter Bruch der Immunität auch bei den Abgeordneten der KPD, Genossen Beder und Sandner, während ihrer Abwesenheit Hausdurchsuchungen vorgenommen. Bei dem Abgeordneten Sandner wurde die Tür mittels Dietrich geöffnet und die Durchsuchung vorgenommen.

Das Vorgehen der Polizei zeigt bereits, daß die kommunistischen Abgeordneten in Deutschland außerhalb der Gesetzgebung stehen. Die Arbeiterklasse muß schärfsten Protest gegen die Verletzung der Immunität der KPD-Abgeordneten erheben. Bei den Kommunisten wird Hausdurchsuchung, während zu gleicher Zeit die Nazis in ganz Deutschland Bomben- und Sprengstoffattentate gegen die Arbeiterklasse durchführen.

ist, die für die Notverordnungsdistatur, für Lohnraub und Beseitigung der sozialen Unterstützungen, für Unterdrückung aller Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse eintritt,

gestern mit Brüning, der sich in seiner großen Rede am 25. Februar 1932 im Reichstag rühmte: „Am 9. November war ich in der Truppe, welche die Spitze der Gruppe Winterfeldt zur Niederwerfung der Revolution gebildet hat“,

heute mit der Papen-Regierung, mit der Regierung der Generale, Junker und Industrieherrn, welche den Notverordnungssturz Brüning in verstärktem Maße fortführt,

und morgen mit Hitler, d. h. für eine Steigerung der blutigsten Terrormaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und ihre Einrichtungen, für eine Verbreiterung der faschistischen Mordwelle, für Zwangsarbeit und ins Maßlose gesteigerten Unterdrückungs- und Lohnraub.

Dabei ist es für die Arbeiterklasse nicht ausschlaggebend, ob eine Koalition in dieser oder jener Zusammensetzung oder einer „überparteilichen Präsidialregierung“ die faschistischen Unterdrückungs- und Ausplünderungsmaßnahmen durchführt. Der Hauptstoß der faschistischen Distatur wird sich unter allen Umständen gegen die gesamte Arbeiterschaft richten und in erster Linie naturgemäß gegen die Führerin des Proletariats, gegen die einzige antifaschistische, antifaschistische Partei, die kommunistische Partei.

Deshalb besteht unsere Aufgabe darin, die christlichen Arbeiter, ganz besonders in den Gebieten, wo der Einfluß des Zentrums stark ist, für den gemeinsamen Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit zu mobilisieren; sie einzubeziehen in die rote Einheitsfront, in die Anti-

faschistische Aktion und sie damit zu lösen von der faschistischen Zentrumspartei.

Hierbei müssen wir an die antifaschistische Grundbeziehung der christlichen Arbeiter anknüpfen und ihnen zeigen, daß gegen den Faschismus kämpfen, heißt für den christlichen Arbeiter sich einreihen in die antifaschistische Aktion, in jene Massenbewegung, die durch die Initiative der KPD. geweckt wurde, zu der sich am 31. Juli 5,3 Millionen Werktätiger bekannt haben;

gegen den Faschismus kämpfen, heißt sich einreihen in den roten Massenelbstschutz, um dem Mordterror der braunen System-Armee ein Wall entgegenzusetzen, ihn zurückzuschlagen, das Leben der Arbeiter, ihrer Frauen und Kinder, ihre Freiheit und ihre Einrichtungen zu verteidigen;

gegen den Faschismus kämpfen, heißt Schulter an Schulter mit allen Klassengenossen kämpfen in der roten Einheitsfront gegen Unterdrückungsabbau, zur Verhinderung von Ermittlungen, gegen Lebensmittel- und Mietswucher, für Wiederinbetriebnahme stillgelegter Produktionsstätten und Arbeitsbeschaffung zu tariflicher Entlohnung;

gegen den Faschismus kämpfen, heißt gemeinsam den Streik organisieren gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen jede weitere Hemmung des Lebensniveaus der Betriebsarbeiter;

gegen den Faschismus kämpfen, heißt politischer Massenstreik als Antwort auf jeden faschistischen Überfall, auf jede faschistische Diktaturmaßnahme; heißt auch für den christlichen Arbeiter gemeinsam mit allen seinen Klassengenossen diesen Kampf zu steigern, bis zur Beseitigung dieses Systems der Ausbeutung und Unterdrückung, bis zur Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung!

Oppelner SA.-Bande mißhandelt SA.-Mann Hiller

Organisierte Prügelzene gegen einen weiteren SA.-Mann im Braunen Haus / Angeeilt von den nationalsozialistischen Mordhebern erklärt Hiller seinen Uebertritt zum Kampfbund gegen den Faschismus / Erfolgreiche Protestaktion der Antifaschisten vor der Wohnung des Stabsführers Beters

Oppeln, 18. August. Der SA.-Mann Herbert Hiller, der zweieinhalb Jahre in der NSDAP-Bewegung organisiert war, hat gestern seinen Uebertritt in den Kampfbund gegen den Faschismus erklärt. Wir bringen nachstehend seine schriftliche Erklärung, worin er seinen Schritt ausführlich begründet:

„Im Glauben an die soziale und nationale Befreiung durch die NSDAP. zog ich mir als SA.-Mann, 21½ Jahre in der NSDAP. organisiert, mehrere Verletzungen zu. Da ich erholungsbedürftig bin, wurde ich in das Braune Haus in Oppeln versetzt. Hier spielte sich heute früh 8.30 Uhr folgender ekelregender Vorfall ab:

Ein SA.-Mann sollte angeblich ein Verbandspäckchen gestohlen haben. Trotzdem man ihm nicht nachweisen konnte, daß er der Dieb ist, ließ man den SA.-Mann unter der Anführung des Zugführers Packe Spießbruten laufen. Es wurde in zwei Reihen angetreten, und der Betreffende wurde geohrfeigt. Dieses erregte mich, und ich wollte Packe zur Rede stellen. Darauf zog man gegen mich los, riß mir alle Abzeichen ab, meine Mütze wurde gestohlen und meine Sturmflamme und Geldbörse abgenommen. Ich wurde wie ein Tier geschlagen. Ich wollte mich darauf beim Stabsführer Becker in seiner Wohnung beschweren. Ich wurde gleich beim Vorstelligwerden von ihm geschlagen und zur Türe hinaus gestoßen. Ich ging noch einmal in die Wohnung. Becker empfing mich, in einer Hand den Revolver, in der anderen eine Reitpeitsche haltend. Mit der Reitpeitsche schlug er mich in das Gesicht. Ich wurde die Treppe heruntergeworfen, und meine Kleidung ist mir in Fetzen gerissen worden.

Ich habe es einzig und allein den Kameraden des Kampfbundes gegen den Faschismus durch ihre Protestaktion zu verdanken, daß mir nicht mehr passiert ist. Bemerkenswert möchte ich noch zu dem Vorfall in der Wohnung des Stabsführers Becker, daß auf dem Tisch außer der Pistole, die er in der Hand hatte, zwei weitere Revolver und ein Gummiknüppel, wie ihn die berittene Polizei besitzt, lagen. Trotzdem ich die Schupo hierauf aufmerksam machte, wurde die Wohnung des B. erst eine Stunde später durchsucht.

Durch das Verhalten der Kameraden des Kampfbundes gegen den Faschismus bin ich überzeugt worden, daß die

wahre Kameradschaft und der revolutionäre Klassenkampf gegen die Reichen, für die Armen nur in der Kampffront der Antifaschistischen Aktion zu finden ist. Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus der SA. und meinen Uebertritt in den Kampfbund gegen den Faschismus. Ich rufe allen ehrlichen SA- und SS.-Männern zu: „Verlaßt die Reihen der NSDAP., welche im Interesse der Schwerindustrie, der Großagrarier und des Finanzkapitals arbeitet. Auch ihr, die ihr durch die Organisation in den Mordkolonnen der SA. und SS. vorübergehend Bekleidung, Beköstigung und Uebnachtung bekommt, rufe ich zu: „Verlaßt die Reihen der braunen Mordpest; kämpft mit mir eingereicht in der Front des revolutionären Proletariats unter Führung der KPD. für Arbeit, Brot und Freiheit, für ein freies, sozialistisches Sowjetdeutschland. Mit Rot Front! Herbert Hiller.“

Der oben geschilderte Ueberfall von SA.-Leuten auf ihren eigenen Kameraden wurde gegen 12 Uhr mittags unter den anti-

faschistischen Arbeitern bekannt. Die Antifaschisten zogen vor das Haus des Stabsführers und protestierten gegen die Mißhandlungen. Die Demonstranten forderten die Einziehung des Patentkreuzfezens. Die Polizei wurde gegen die Demonstranten eingesetzt, und erst als Verhärkung kam, mußten die Arbeiter der Gewalt weichen.

Wir begrüßen den Schritt des Kameraden Hiller und erwarten, daß alle ehrlichen SA- und SS.-Männer die Mordkolonnen Hillers, Goebbels und Heines verlassen und sich gleichfalls in der roten Kampffront formieren.

Strehleener Steinarbeiter fordern Freilassung der Ohlauer Antifaschisten

Strehlen, 18. August. Die Steinarbeiter haben in Versammlungen Protesttelegramme und -schreiben angenommen, wonach sie die sofortige Freilassung der verhafteten antifaschistischen Ohlauer Arbeiter und Frauen und den Freispruch fordern. Die Telegramme und Schreiben sind an das Sondergericht in Brieg geschickt worden.

Weitere Massenentlassungen im Bergbau

Neben 200 Entlassungen auf der Konkordigrube 280 Entlassungen auf der Abwehrgrube — Bergarbeiter! Organisiert den Kampf gegen Massenentlassungen — für die Siebenstundenschicht

Witultschütz. Dieser Tage wurde die Kohlerei der Donnerstardt hütte stillgelegt und 150 Arbeiter entlassen. Die der Donnerstardt hütte gehörige Konkordigrube hat 200 Kumpel auf das Straßenpflaster geworfen.

Jetzt wird mitgeteilt, daß die Abwehrgrube 280 Kumpel in den nächsten Tagen auf die Straße werfen wird.

Die Krise im Kohlenbergbau nimmt immer größeren Umfang an und auf der anderen Seite das Elend der Bergarbeiter. Eine neue Welle der Entlassungen, Lohnraub und Arbeitszeitverschlechterungen im Bergbau ist eintreffend.

Im Dezember 1929 betrug die Belegschaft im ober-schlesischen

Bergbau noch 60 413 Mann, während im Juni 1932 nur noch 34 832 beschäftigt sind. Das sind mehr als rund 25 000 Bergarbeiter, die in etwas mehr als zwei Jahren auf Straßenpflaster flogen.

Bergarbeiter! Heraus zum Kampf gegen die Massenentlassungen — für die Siebenstundenschicht. Keine Feste, die nicht Stellung nimmt und den Kampf beschließt gegen die erneute Welle der Massenentlassungen, Lohnraub und Arbeitszeitverschlechterungen.

Die Betriebswoche der Antifaschistischen Aktion muß uns gerade in diesen Betrieben ein Stück vorwärts in der Schaffung der Kampf den Einheitsfront bringen. Jeder Antifaschist tue deshalb seine Pflicht! Erfaßt den letzten Betriebskumpel in der Front der Antifaschistischen Aktion!

Heraus zum 18. Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September

Betriebsjugend in Antifaschistischer Aktion! Hinein in die Jugendkolonnen des roten Massenselbstschutzes

Verflauungspakt für Oesterreich im Nationalrat angenommen

Wien, 17. August. In der Mittwochssitzung des Oesterreichischen Nationalrates wurde in namentlicher Abstimmung mit 81 gegen 80 Stimmen das Lausanner Protokoll angenommen.

Gegen den Anleihevertrag stimmten Sozialdemokraten, Großdeutsche und zwei Heimatblöcker. Ein Faschist war abkommandiert.

Der Lausanner Vertrag ist ein Diktat des französischen Imperialismus, ebenso wie das Lausanner Ergebnis für Deutschland. Mit der Annahme im Nationalrat ist Frankreichs Ziel erreicht: Oesterreich ist wirtschaftlich, finanziell und politisch absolut von Frankreichs Gnaden abhängig, es ist im wahrsten Sinne des Wortes kolonisiert.

Die Anleihe beträgt 250 Millionen Schilling. Davon werden vorher die Oesterreichischen Schulden an England und die Baseler Tributbank mit 190 Millionen in Abzug gebracht. Ueber die Verwendung des Restes von 60 Millionen wacht ein französischer Finanzkommissar. Sie werden ausschließlich für weitere Auslandsschulden Verwendung finden müssen. Das Defizit von insgesamt 945 Millionen Schilling im Oesterreichischen Staatshaushalt wird durch diese „Anleihe“ also um keinen Groschen geringer werden. Nicht einmal die geringste Gegenleistung erhält Oesterreich dafür, daß es für volle 20 Jahre auf jeden Versuch des Anschlusses an Deutschland verzichtet und seine gesamte Wirtschaft, Finanz- und Außenpolitik unter französische Kontrolle gestellt hat.

Die deutsche nationale Presse schreibt große Artikel über die „Oesterreichische Schmach“. Sie verschweigt schamhaft, daß der deutsche Delegierte den Schandvertrag durch sein Schweigen, durch seine Stimmhaltung erst ermöglicht hat, ebenso wie die deutsche Bourgeoisie ihren eigenen nicht weniger schmachvollen neuen Tributpakt von Lausanne annahm.

In dem Moment der tiefsten nationalen Knechtschaft Oesterreichs sind es nur wir deutschen revolutionären Proletarier, die ebenso wie die französischen Kommunisten den Oesterreichischen Werktätigen die Bruderhand entgegenstrecken: zum gemeinsamen Kampf gegen deutsche, Oesterreichische und französische Kapitalisten, denn ohne Kampf um soziale Bestreitung ist der Kampf gegen nationale Verflauung nicht zu führen.

Bankrotte Staaten



Neben dem Zusammenbruch von großen Konzernen und Trusten der Privatwirtschaft hat die Weltkrise auch zahlreiche Staaten zur Zahlungselbststellung gezwungen. Wir haben aber nicht nur einzelne bankrotte Staaten (in Europa, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, Griechenland), sondern auch einen bankrotten Kontinent, wo außer Venezuela alle Staaten sich außerstande erklärten, den Zinsendienst ihrer Auslandsschulden zu tilgen. Die mittelamerikanischen Staaten Mexiko, Guatemala und Salvador schließen die Reihen dieser „Staaten in Konkurs“.

(Pressegeographie.)

50000 Weber streifen in England!

Pollizei gegen Streikende / Uebt Solidarität!

London, 18. August. Die Zahl der in Burnley in den Ausstand getretenen Baumwollarbeiter ist jetzt auf 50 000 gestiegen. Da die Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden immer häufiger werden, erhielt die Polizei in Burnley Verstärkungen aus Liverpool und Manchester.

In Bolton, Preston und Haslingden werden heute weitere tausende Arbeiter den Streik aufnehmen.

50 000 gegen 12 1/2-prozentigen Lohnraub ohne gewerkschaftliche Sanktion, gegen den Willen der zögernden und kühnhandelnden Reformisten im Streik — für wahr, keine Tatsache kann deutlicher das Verbrechen der Sozialdemokraten brandmarken, die immer noch nicht die Streikparole für die vom Lohnraub betroffenen 250 000 Weber und 300 000 Spinner geben. Aber auch für die Kraft der jungen revolutionären Gewerkschaftsopposition legt die wachsende Streikfront bereites Zeugnis ab.

Die deutsche Arbeiterschaft muß durch sofortige Solidaritätserklärungen den Streikwillen der englischen Brüder stärken.

Statt alle Maßnahmen zur Sicherung des Streiks zu treffen, unternimmt das Informationsblatt des Gewerkschaftsrates, der „Industrial News“, einen Angriff auf die I.W. und ihre Arbeit zur Unterstützung der Textilarbeiter von Lancashire. Der Artikel trägt die Ueberschrift „Unautorisierte Hilfskomitees“. In dem Artikel heißt es: „Die Verbindungen der I.W. sind bekannt. Angesichts der bekannten Haltung der Gewerkschaften und der Labour Party gegen diese Körperschaft muß klar gesagt werden, daß sie keinerlei Beziehungen zu der Gewerkschaft der Weber oder ihren Bezirksorganisationen hat. Offiziell wird uns mitgeteilt, daß diese die Tätigkeit der I.W. nicht gutheißen.“

Der Artikel fordert weiter auf, die Sammelaufäufe der I.W. nicht zu berücksichtigen. Eine große Anzahl der streikenden Weber sind unorganisiert und beziehen keine Streikunterstützung. Die I.W. hilft auch den Unorganisierten, um den Kampfgeist aller Streikenden aufrechtzuerhalten. Der reformistische Angriff auf die I.W. ist einer ihrer Dolchstöße gegen die Streikfront.

Telegramm der deutschen Kommunistischen Partei an die Arbeiterschaft von Belgien

Die KPD. sendet euch heiße proletarische Kampfesgrüße und erklärt sich im Namen der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands mit eurem heldenhaften Streik solidarisch.

Euer Kampf gegen Lohnraub, euer entschlossenes Vorgehen trotz der schändlichen Sabotage der sozialdemokratischen und christlichen Verbandsbürokratie, eure Gegenwehr gegen die Maßnahmen der reaktionären Regierung beflügelt auch den Kampfwillen der deutschen Arbeiterschaft, die jetzt vor allem in den Betrieben sowie auf den Stempelstellen die Antifaschistische Aktion gegen die Lohnabbaupläne der deutschen Ausbeuter, gegen die faschistische Unterdrückung und gegen den Mordterror der Hitlerpartei verstärkt.

Euer Streikkampf in Belgien und die ersten Erfolge der Antifaschistischen Aktion in Deutschland signalisieren das Fortschreiten des revolutionären Aufschwungs im Weltmaßstab. Das deutsche Proletariat marschirt brüderlich Seite an Seite mit euch.

Vorwärts zum Sieg!

Kommunistische Partei Deutschlands.

Internationale Streitwelle steigt

Streik gegen Lohnraub

London, 18. August. Die 23 chinesischen Angehörigen der Mannschaft des Dampfers „Lawbeath“, der im Besitze schottischer Reeder ist, traten am 15. August in Sunderland gegen ihre niedrigen Löhne in den Streik. 22 von ihnen wurden verhaftet und wegen gesetzwidriger Gehorsamsverweigerung zu 14 Tagen bis einem Monat Gefängnis verurteilt.

Proteststreik gegen Kumpel-Mord

Prag, 18. August. Bei den Wiederaufschließungsarbeiten des seit der Katastrophe am 15. März abgeschlossenen Teiles des Kohinoo-Schachtes in Bruch wurden vier weitere Tote geborgen. Die Belegschaft des Kohinoo-Schachtes wollte sich geschlossen an dem Begräbnis ihrer gemordeten Kameraden beteiligen. Die Betriebsleitung lehnte jedoch die Freigabe dieses Tages ab, worauf die Belegschaft einen eintägigen Proteststreik beschloß und durchführte. Am Begräbnis beteiligten sich 7000 bis 8000 Menschen. Es sprach der Vertreter der roten Gewerkschaften.

Streik gegen Massenentlassungen

Paris, 18. August. Der größte Teil der Hafenarbeiter von Bordeaux ist am Mittwoch in den Streik getreten, um gegen die

Entlassung von etwa 100 Matrosen und 250 Arbeitern zu protestieren, die in den verschiedenen Hafenwerftstätten beschäftigt waren.

Demonstrationen für Karitas

Wien, 18. August. Aus Bukarest wird gemeldet: In Klausenburg hat eine Gruppe von Kommunisten eine Demonstration vor dem ungarischen Konsulat durchgeführt. Die Polizei konnte niemanden von den Demonstranten, die mit Steinwürfen die Fenster Scheiben zerbrochen hatten, habhaft werden.

Am 15. August demonstrierten in Bukarest eine Gruppe kommunistischer Arbeitsloser vor der ungarischen und japanischen Gesandtschaft.

Die Demonstrationen vor den ungarischen Gesandtschaften in Klausenburg und Bukarest forderten Freilassung des Gefangenen Karitas.

Es wird gemeldet, daß die Weltwirtschaftskonferenz, die in London zusammentreten soll, ihre Vollsitzungen erst im nächsten Jahr aufnehmen wird. Keine der acht Mächte, die an der Konferenz teilnehmen sollen, hat bis jetzt ihre Vertreter ernannt. Die vorbereitenden Sitzungen der Wirtschafts- und Finanzexperten sollen Ende September beginnen.

Mike Pell:



Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

16. Fortsetzung

„Was braucht man denn Schulkleute hier?“ fragte Slim. „Das ganze Eigentum gehört den Arbeitern und alle haben Arbeit.“

„Bei Gott“, rief der Professor nach einer Minute, „wenn man darüber nachdenkt, wozu braucht man eigentlich Polizei?“

„Das kannst du dir doch selber ausrechnen.“

„Na ja, in erster Linie, um Gauner zu verhaften.“ Der Professor zählte an seinen Fingern ab und fuhr fort: „Zweitens, um Aufkühr zu verhindern.“

„Und Streiks niederzuknüppeln!“ warf Slim ein. „Das sei dahingestellt“, wehrte sich der Professor.

„Allright, weiter!“

„Drittens, um den Verkehr zu regeln. Viertens...“ Der Professor zögerte.

„Schmugglern und Gaunern weiterzuhelfen!“ unterstützte ihn Eddie.

„Fünftens...“

Hier fuhr Stanley dazwischen: „Um die Geldsäcke in ihren Autos über die Avenues zu begleiten.“ Das Spiel wurde allgemein.

Überfallen und ihnen die Pfennige wegzunehmen. Erstens, um die Roten zu verhauen.“

„Junge, Junge, sie hätten vielleicht ein Stück Arbeit, hier die Roten zu verhauen“, meinte Blady.

„Alle lachten. „Du gewinnst, Blady.“

„Nun, Kerls“, sagte Slim, „wenn man hier klar sieht, muß man folgern, daß der Schuhmann nur den einzigen Zweck hat, dem Kapitalisten als Wachhund zu dienen und das Privateigentum zu schützen. Und will er das durchführen, dann muß er alle Arbeiter, die gegen Lohnraub streifen, alle Arbeiter, die gegen Unterstühtungsraub demonstrieren, alle Arbeiter, die den Kapitalismus bekämpfen wollen, verprügeln und ins Gefängnis bringen.“

„Sag' mal, Slim“, fragte Stanley, „sind das tatsächlich alles Rote hier?“

„Noch nicht. Du hast ja gehört, was der Delegierte vom Interklub über ihre Rückständigkeit sagte. Hier gibt es manchen Arbeiter, der immer noch nicht weiß, was los ist. Sie sind noch nicht gewohnt, kollektiv für den Wohlstand der ganzen Gesellschaft zu arbeiten.“

„Hab' ich's nicht gesagt!“ krächte Blady, „man kann die menschliche Natur nicht ändern.“

„Was meinst Du, menschliche Natur? Kennst Du es, menschliche Natur, wenn Menschen religiös und unwissend sind und immer nur an sich selbst denken? Das ist nicht, menschliche Natur, das ist dreckige Natur. — Schlechte Gewohnheiten, die der Bourgeois in uns entwidelt.“

„Ist ir egal, was Du sagst. Du kannst die menschliche Natur nicht ändern. Du hast eben selber gesagt, daß die meisten nicht kollektiv...“

„Ich sagte, manche von ihnen, nämlich die Zurückgebliebensten und sogar die begreifen nach und nach, was Sozialismus heißt. Wie erklärst Du es Dir denn, daß heute bereits 70 Prozent der Ländereien in der Sowjetunion kollektiviert sind und daß jeden Monat Tausende neuer Landarbeiter der Kollektivbewegung beitreten? Wie kannst Du Dir erklären, daß der Fünfjahresplan in solch einem Tempo durchgeführt wird, wenn die Arbeiter nicht an den Sozialismus glauben? Weißt Du, daß die Mehrheit der Industriearbeiter und der kollektivierten Bauern ihren Plan schon längst vor der festgesetzten Zeit durchgeführt haben, und daß Millionen von ihnen freiwillige Ueberarbeit leisten, weil sie wissen, daß sie alle Glieder in einer großen Kette sind?“

Blady überlegte einen Augenblick. „Werden sie für diese Ueberarbeit bezahlt?“

„Bezahlt! Ich weiß nicht, ob sie immer bezahlt werden. Möglich! Aber ist es denn nicht genug Bezahlung, wenn Du weißt, daß Du dem Nächsten hilfst und daß es auch Dir dadurch besser gehen wird? Wenn Du weißt, daß es Dir helfen wird, wenn Du Hilfe brauchst? Was Bezahlung anbelangt, die Stabbrigadler bekommen alle möglichen Preise: Ueber 300 Mann machten vor nicht langer Zeit eine kostenlose Reise um die Welt. Das war ihr Preis. Dann werden sie bevorzugt mit neuen Wohnungen, beim Sanatoriumsbesuch, bei Ausgabe von Theaterkarten usw.“

„Allright, Ihr Banausen“, verkündete Rag, „hier ist der Laden.“ An der Tür stand in allen Sprachen geschrieben: „Internationaler Seemannsclub.“

XVI.

Blady tanzt im Interklub.

„Ziemlich feudale Höhle!“ meinte Eddie, als sie hineingingen. „Vor der Revolution war dies der Privatpalaß von einem Reeder.“

„Und wo wohnt der jetzt?“

„Ja, entweder lebt er wie alle anderen Arbeiter hier leben, oder er schiebt Gänjesümmchen aus der Erde.“

Die Seeleute gingen hinunter ins Restaurant, an dessen Tür ein großer ausgestopfter Bär sie begrüßte. Slim suchte die amerikanische Sektion auf. Im Obergeschoß waren separate Sektionen für skandinavische Seeleute, für Deutsche, Franzosen, Farbige, Italiener, für die Seeleute aller Nationen. Die Anglo-amerikanische Sektion befand sich neben dem Lesesaal.

„Ich bin ein Mitglied der Marine Workers Industrial Union“, stellte sich Slim vor.

„Willkommen Genosse, wie sieht's in den Staaten aus?“

„Oh, die Verhältnisse werden immer schlechter. Du kennst die Geschichte ja. Mehr Erwerbslosigkeit, mehr Heuerabbau, mehr Rationalisierung, Hunger, Ermittlungen, Selbstmorde!“

Der Leningrader Verbandsdelegierte nickte.

„Was denken die Leute auf der Utah über unseren Verband?“

„Nun, die Aelteren haben sich die Finger bei der gelben I.W. und bei den Syndikalisten verbrannt. Sie sind grundsätzlich mit uns einverstanden, aber sie sind noch nicht von unserer Kraft überzeugt und von unserer Fähigkeit, ihnen bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen.“

*) Internationale Transportarbeiter Föderation = reform. Gegenstück zur I.W.

(Fortsetzung folgt)

Für Arbeiter und Werktätige kein Platz in der Nazi-Partei

Vor einigen Tagen veröffentlichte der Berliner SA-Führer Graf Helldorf einen Gruppenbefehl Nr. 17 an die SA: „...verlange ich von euch nationalsozialistischen Kämpfern die Einsicht, daß die SA nur dazu geschaffen ist, die Politik des Führers zu unterstützen. Eigene politische Wünsche haben zurücksitz zu nehmen.“

Die Politik des Herrn Grafen und Hitlers und die Wünsche, die Interessen der Arbeiter und Werktätigen in der SA und auch in der NSDAP sind in der Tat zwecklos.

Was wollen die Hitler, Röhm, Helldorf, Goebbels, Feder und Co.?

Hitler und Goebbels wollen die Aufrichtung und Stärkung des bankrotten kapitalistischen Systems; gerade jetzt ist die neue Auflage der Naziprogrammschrift „Der deutsche Staat“ von Feder erschienen. Dort wird wiederholt: „Der Nationalsozialismus wird auch größte industrielle Werke, solange sie im Privatbesitz bleiben (hier denken wir an Krupp, Mannesmann, Thyssen usw.), keineswegs als den Interessen der Gesamtheit zum Verkauf abzulehnen.“ In Wahrheit ist es nur das Interesse der Krupp, Thyssen und Hitler, aus Markt und Knochen der Arbeiter ohne Parteilichkeit Profite zu quetschen. Ebenfalls hat Hitler für das mit den Industriellen unlöslig verflochtene Bankkapital über, und es ist kein Zufall, daß die Nazipresse dieser Tage stolz gemeldet hat, daß der Bankdirektor Römer von der Württembergischen Notenbank in die NSDAP eingetreten ist. Die Liebesdienste der Nazis für die Großagraren anzuzählen, würde die Hände füllen; Getreidebezölle, die das Brot verteuern, Viehsteuern, die die Fleischpreise erhöhen, Margarinesteuer, die den letzten „Belag“ von der dünnen Brotkruste des Werktätigen nimmt, — dafür tritt die Hitlerpartei mit allen Mitteln ein.

Hitler und Goebbels wollen Ministerposten; um Ministerposten haben sie im Reichsmilitär gelübbelt, und jetzt schäffern sie mit der schwarzen Zentrumspartei in Preußen um Ministerposten. Obgleich die Verhandlungen mit dem Zentrum bereits seit Tagen stattfinden, verschweigen das der „Völkische Beobachter“ und der „Angriff“ ihren nationalsozialistischen Lesern. Und wozu braucht Hitler die Ministerposten?

Lassen wir die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, die gewiß nicht hitlerfeindlich ist, darauf antworten (Ausgabe vom 2. August): „Die Börse hat sich jetzt endlich mit dem Wahlergebnis abgefunden und fand es nicht so schlecht, wie sie anfangs meinte. Nationalsozialisten und Zentrum mühten sich doch irgendwie zusammenzufinden... Man werde den Nationalsozialistischen Ministeressel... anbieten. Das waren die Kombinationen, bei denen sich die Börse letzten Endes beruhigte. Sie ging zum Tagesgeschäft über und begann zu kaufen.“ Hitlers Ministeresse dienen den Börsenspekulanten und dem ganzen Großkapital, den Großindustriellen, Bankiers und Junkern. Sie sollen die Ausbeutung und Unterdrückung der Volksmassen erleichtern.

Die Hitler und Goebbels wollen die Abwälzung aller Lasten und aller Folgen der Krise des bankrotten kapitalistischen Systems auf die Werktätigen. Jetzt kann nicht mehr bestritten werden, daß Hitler die Papen-Regierung vom ersten Tage an toleriert hat, daß er ihre Hunger-Notverordnungen unterstützt hat, ihre Herabsetzung der Invaliden- und Kriegssopferrenten, ihren Lohnabbau durch die Beschäftigtensteuer, ihre Kürzung der Hungerlöhne der Erwerbslosen, ihre Salzsteuer. Hitler setzt diese Tolerierungspolitik fort und tut alles zur Unterstützung des „Wirtschaftsprogramms“ der Schleicher-Papen, zur Durchführung des neuen Lohnabbaus und der weiteren Kürzung der Erwerbslosenunterstützung.

Hitler und Goebbels wollen nicht die Versailler Schamerei beseitigen. Sie haben den Lausanner Tributpakt der Papen-Regierung als kleineres Übel bezeichnet und gebilligt. Sie haben unzählige Male kommunistische Anträge auf Zerstückung des Young-Planes niedergestimmt. Sie wollen mit Frankreich gegen die sozialistische Sowjetunion marschieren. So ist es denn auch verständlich, daß beispielsweise jetzt der „Schweizer Bergwerksverein“, ein internationaler Trust, dessen Aktivität der französischen Rüstungsindustrie Schneiderranzosot besitzt in Isdorf (Wurmrevier) der NSDAP. kostenlos ein Gebäude zur Einrichtung eines Brauereis Hauses zur Verfügung gestellt hat!

Hitler und Goebbels wollen, daß Nordüberfälle und Attentate gegen die Arbeiterklasse verübt werden, vor allem gegen das Klassenbewußte Proletariat, das gegen die Kapitalistenklasse kämpft.

Das ist die Politik Hitlers und Helldorfs und Goebbels.

Welches aber sind eure Interessen, ihr Arbeiter und Werktätigen, die ihr euch bislang von der NSDAP. habt irreführen lassen?

Eure Wünsche sind Brot, Arbeit, Freiheit.

Ihr wollt ausreichende Löhne und Gehälter, ausreichende Erwerbslosenunterstützungen, und ersten Interessen kann „freiwilliger Arbeitsdienst“ nicht entsprechen, wo man bei ungenügender Nahrung schuftet und in feuchten Baracken hausen muß und zum Lohnraub, zu Streikbrecherei und später zum Kanonenfutter zu Ehren der Profite des Herrn Krupp geachtet werden soll.

Ihr wollt, daß das kapitalistische System verschwindet. In eurem Interesse ist es, wenn der Sozialismus herrscht, wenn die Großindustrie, die Banken und die Großgüter allen Arbeitenden gehören.

Ihr wollt, daß die Versailler Ketten fallen.

Eure Wünsche könnt ihr, Arbeiter und Werktätige, der SA. und NSDAP., dann nicht mit Hitler und mit Graf Helldorf und mit Thyssen und mit Prinz August Wilhelm durchsetzen. Sondern nur gegen sie.

Die Front der Vertreter des kapitalistischen Systems reicht von Hitler über Schleicher und Brüning bis zu Weis und Höltermann.

In diesem schwarz-rot-golden-braunen Lager kann kein Platz sein für Arbeiter, kein Platz für Angehörige und Beamte, für rassistische Mittelständler und für von Steuern und Schulden bedrückte Kleinbauern.

Sie alle gehören in die Reihen der roten Einheitsfront, die die kommunistische Partei formiert.

Die Klassenbewußten Arbeiter, geführt von der kommunistischen Partei, und jetzt eingeschlossen, mit ganzer Kraft und rüst-

Arbeitszwang für Jungarbeiter

Vor einer Arbeitsdienstpflicht-Notverordnung der Papenregierung — Heraus zum Massenprotest gegen faschistischen Arbeitsdienst

Berlin, 18. August. Die die Regierungspresse mitteilt, plant die Papen-Regierung die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für die Jungarbeiter. Durch eine Verordnung, die bereits in den nächsten Tagen veröffentlicht werden soll, will die Regierung anordnen, daß allen Jungarbeitern, die sich weigern, den Arbeitsdienst zu leisten, jede Unterstützung entzogen wird. Dieses Vorgehen bedeutet also nicht nur den Arbeitszwang für alle Jungarbeiter, sondern auch den Unterstützungsentzug für alle, die den faschistischen Arbeitszwang ablehnen oder wegen Krankheit und Entkräftigung nicht leisten können.

Die angekündigten Maßnahmen der Papen-Regierung müssen nicht nur das gesamte Jungproletariat, sondern auch die betriebstätigen und erwachsenen Arbeiter alarmieren und zum Kampf mobilisieren. Durch den Arbeitszwang soll die proletarische Jugend faschisiert und militarisiert werden. Das ist das Ziel, das die Einheitsfront der Arbeitsdienstpflicht seit langem offen proklamieren. Für den faschistischen Arbeitsdienst sind jedoch nicht nur die Nazis, sondern auch die SPD-Führer. Der Reichsbannerführer Höltermann macht schon längst Propaganda für den Arbeitsdienst, und die SPD-Presse wendet alle Mittel an, um diese Propaganda zu unterstützen. Wir werden in den nächsten Tagen an Beispielen nachweisen, wie die sozialdemokratische Politik auch hier der faschistischen Reaktion in die Hände arbeitet.

Schon bisher hat der kommunistische Jugendverband den schärfsten Kampf gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht geführt. Gerade jetzt, in der Zeit vor dem Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September, will nun die faschistische Reaktion den Unterstützungsentzug für Jungarbeiter und den schärfsten Arbeitszwang durchzuführen.

Jungarbeiter, schart euch nun erst recht um den kommunistischen Jugendverband im Kampfe gegen den faschistischen Arbeitsdienst! Rüstet mit verstärkter Energie zum Internationalen Jugendtag!

„Fедergeld“-Front von der SPD. bis zur NSDAP.

Besprechung über das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ des Landgemeindefrages

Mittwochabend fand eine Besprechung in Berlin im „Haus der Deutschen Presse“ statt, in der das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ des Landgemeindefrages und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden durch deren Präsidenten Dr. Gerede mitgeteilt wurde. Dieses Programm wurde vorher mit den Gewerkschaften, mit dem Landbund und mit den Wehrverbänden durchgesprochen. Wie die „Telegraphen-Union“ mitteilt, nahm nach den Ausführungen des Präsidenten Dr. Gerede der Vertreter der wirtschaftspolitischen Ab-

Landesführer des Stahlhelms bestätigt die Putschvorbereitungen der SA.

Berlin, 19. August. (Sig. Drahtber.) Der Landesführer des Stahlhelms für Groß-Berlin, Major Stephan, veröffentlicht in der „Kreuzzeitung“ vom 18. August aufsehenerregende Tatsachen über die Putschvorbereitungen der SA. und ihrem beabsichtigten Marsch auf Berlin. Major Stephan schreibt:

„Im Laufe der vorigen Woche wurden SA-Mitglieder aus Berlin hinausgezogen und nordwärts in Marsch gesetzt. Berliner Stahlhelmlente, von denen bekannt war, daß sie Kraftwagen besitzen, wurden unter Androhung von Gewalt aufgefordert, ihre Fahrzeuge der SA. zur Verfügung zu stellen. Andere Maßnahmen aus dem Frankenburgischen ergaben, daß uniformierte und bewaffnete SA-Leute unter Androhung von Waffengewalt von den Stahlhelmführern die Herausgabe von angeblich versteckten Waffen verlangt hatten.“

Der Landesführer, Rittmeister a. D. von Morozowicz habe daraufhin angeordnet, daß alles Eigentum des Stahlhelms zu bewachen sei und die gewaltsame Fortnahme durch die SA-Leute zu verhindern wäre. Von dieser Anordnung haben wir dem Innenministerium Kenntnis gegeben, weil wir einerseits nicht die Mächt hatten, den Stahlhelm von aufgehetzten SA-Leuten terrorisieren zu lassen, andererseits verhindern wollten, daß Stahlhelmlente in ein aussichtsloses Putschunternehmen hineingezogen werden. Diese Gefahr war um so größer, als von den SA-Leuten behauptet wurde, daß ihre Unternehmungen im Einverständnis mit der Reichswehr erfolgten und daß auch seitens der preussischen Polizei

keine Gegenwehr zu erwarten sei. Die Erklärungen des Herrn Reichskommissars für Preußen und des Herrn Reichswehrministers bewiesen das Gegenteil. Die Behauptungen der SA-Leute geben aber am deutlichsten Zeugnis davon ab, in welcher skrupelloser Weise versucht worden ist, eine gläubige Gefolgschaft in die Maschinengewehre der Polizei oder der Reichswehr anlaufen zu lassen und den ehrgeizigen Plänen unverantwortlicher Unterführer zu opfern und in den sicheren Tod zu treiben.“

Die proletarische Bewusstheit darf durch solche gegenseitigen Anwürfe im „nationalen“ Lager keineswegs zu der Auffassung kommen, daß zwischen Stahlhelm und den Nazis eine prinzipielle Gegnerschaft bestehe. Diese „Denunziation“ ist die Folge des Streites zwischen den Deutschnationalen und den Nazis um die Ministeressel. Der „Angriff“, das Berliner Organ der Nationalsozialisten, hatte dem Stahlhelmführer Stephan in einem Artikel „Deutschnationaler wollen an die Futtertrüppen“ vorgeworfen, er habe die SA. denunziert, daß sie die Waffenlager der Reichswehr gestohlen haben.

Die antifaschistische werttätige Bevölkerung interessiert vor allem die Bestätigung für die Putschvorbereitungen der Nazis. Sie wird deshalb noch viel wachsamter sein; sie wird die antifaschistische Aktion, vor allem in den Betrieben und jetzt in der Betriebskampfwoche insbesondere vorwärts treiben. Die Betriebe müssen von allen Faschisten gesäubert werden. Diese Streikbrecherformationen müssen im antifaschistischen Massenkampf zertrümmert werden.

Jungarbeiter: Internationaler Jugendtag, was ist denn das wieder?

Jungkommunist: Das ist der Tag, an dem die werttätige Jugend demonstriert, daß sie nicht gewillt ist, sich als Ausbeutungsobjekt betrachten zu lassen.

Jungarbeiter: Dieses ist doch aber nur eine Angelegenheit der Jungkommunisten.

Jungkommunist: Nein, eben nicht! Die gesamte werttätige Jugend in den Betrieben und auf den Stempelstellen muß gemeinsam mit den Jungkommunisten aufmarschieren und den Beweis erbringen, daß sie gewillt ist, gegen jeden Pfennig Lohnabbau, Unterstützungsentzug, gegen die Arbeitsdienstpflicht, Militarisierung und gegen die faschistische Diktatur, für ein freies, sozialistisches Deutschland zu kämpfen.

Jungarbeiter: Dazu sind wir alle bereit! Wir werden unsere ganzen Kräfte dafür einsetzen und alle Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen für den Internationalen Jugendtag mobilisieren, um den Kapitalisten zu beweisen, daß wir bereit sind zum Kampf gegen die schändlichen Unterdrückungsmaßnahmen.

Jungkommunist: Bravo, das lasse ich mir gefallen. Dann wird es uns gelingen, alle Angriffe der Bourgeoisie gegen uns abzuwehren und den Kampf durchzuführen bis zum Siege der proletarischen Diktatur.



Interesse eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms“ und erklärte nach dem Bericht der Telegraphen-Union,

„daß der heutige Tag durchaus ein Wendepunkt für die wirtschaftliche und politische Zukunft des deutschen Volkes sein könne, ... der heutige Tag aber sei der schönste seines Lebens...“

Aus diesem Bericht der Telegraphen-Union ist zu schließen, daß Gerede den Plan der „sinnlosen Kreditschöpfung“ der Gemeinden vortragen hat. Ist darunter etwa zu verstehen, daß „Fедergeld“, genannt nach dem Naziführer Feder, herausgegeben werden soll, daß die Gemeinden eine Art Notgeld ausgeben sollen, um damit den Arbeitsdienst zu finanzieren?

Jedenfalls steht fest, daß in gemeinsamer Front die Nationalsozialistische Partei, die Reichsbannerführung und die NSDAP-Führer marschieren, und daß diese Aktion von Hitler bis Höltermann der Unterstützung des faschistischen Arbeitsdienstes und finanziellen Maßnahmen gilt, die eine schwere Bedrohung der Arbeiterklasse darstellen.

Die Arbeiterklasse verlangt die Durchsetzung ihrer proletarischen Arbeitsbeschaffungsforderungen und deren Finanzierung durch die stärkste Besteuerung der Millionäre, durch die Enteignung der Fürsten usw.

Jeder Antifaschist muß Leser der KPD.-Presse sein!

Waldenburg

Schnellgericht urteilt gegen Antifaschisten und Faschisten

Waldenburg. Auf der Anklagebank sahen am 16. August die Erwerbslosen M. Tunte und O. Holslein aus Charlottenbrunn...

Tunte setzte sich zur Wehr und soll den Landjäger U. mit dem Stock geschlagen haben, worauf man ihn zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte...

Im den späten Nachmittagsstunden des 18. Juli soll Sch. mit noch zwei Arbeitern den Invaliden Schill (34 Jahre), Nationalsozialist, auf der Hauptstraße in Weißstein aufgefordert haben...

Anders bei dem M.-Mann A. Kaufsuh aus Polzitz, der wegen Körperverletzung angeklagt war. Am 9. Juli soll er in später Nacht den Reichsbannerarbeiter Meffert mit einem Gegenstand geschlagen haben...

Vorliegende Urteile des Schnellgerichts geben jedem Leser sofort einen eindeutigen Überblick, gegen wen sich diese eingeführten Schnellgerichte wenden und bestätigen jedem Proleten die Richtigkeit und Wahrheit der kommunistischen Presse...

Die Arbeiterklasse muß sich in ihrem Kampfe gegen den Faschismus auch besonders mit den Sondergerichten und ihren Opfern befassen. Tausende und aber tausende revolutionäre Klassengenossen sollen auf diese Weise hinter die Kerkermauern wandern...

Die Arbeiterklasse muß sich mehr denn je in die Antifaschistische Aktion einreihen, im roten Massenselbstschutz dem blutigen Faschistenterror ein Ende setzen, die Provokationen der Fasankreuzler abwehren und den Opfern der Klassenjustiz wirksame Hilfe bringen...

Schuldschluß wegen Kinderlähmung

Langmalersdorf. Am 16. August wurde die Oberschule polizeilich wegen Kinderlähmung geschlossen. Ein Kind mußte bereits ins Krankenhaus transportiert werden.

Schullehrer bringt Kinder um Freizeit

Charlottenbrunn. Hauptlehrer Zentner von der katholischen Schule benutzte die Kinder während der Pause zu Gartenarbeiten. Nicht genug, daß die Kinder um ihre Freizeit gebracht werden, beschmutzen und zerreißen sie noch ihre Kleider...

Arbeitereltern, geht nicht zu, daß eure Kinder, die mit hungrigem Magen zur Schule gehen müssen, in ihren zehn Minuten Freizeit noch vom Lehrer ausgebeutet werden.

Zwangsarbeit für Jungerwerbslose!

Schweidnitz. Ein Ausschlag des hiesigen Arbeitsamtes „wirbt“ um „Freiwilligen Arbeitsdienst der Technischen Nothilfe“ im Arbeitslager in Giechmannsdorf. Jugendlitze bis zu 21 Jahren werden aufgefordert, sich „diese Sache nicht entgehen“ zu lassen...

Die Antifaschistische Aktion bei den Schiffen

Wettbewerbs des CVSB. und BD. Breslau-Neufalz

Neufalz. Der Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenfahrer, Ortsgruppe Neufalz-Breslau, haben, um den anderen Ortsgruppen ein Beispiel zu geben, einen Wettbewerbs untereinander abgeschlossen...

Erreicht wurde: 16 Betriebsarbeiter angeworben, 8 Erwerbslose angeworben, drei Funktionäre herangebildet, fünf Vorbezuggruppen geschaffen, drei Stützpunkte errichtet...

Breslau: Gestelltes Soll: Schaffung einer Betriebsgruppe, Werbung von 16 Mitgliedern, Heranbildung von 4 Funktionären, Schaffung von zwei Stützpunkten...

Erreicht wurde: Betriebsgruppe wird in den nächsten Tagen geschlossen werden, Mitarbeiter wurden acht gewonnen, Funktionäre neu herangebildet fünf, Vorbezuggruppen wurden zwei geschaffen...

Das erreichte Soll des Wettbewerbs zeigt, daß es durchaus möglich ist, in die Betriebe vorzustoßen. Es kann jetzt keinen Stillstand geben, sondern die Antifaschistische Aktion muß in den Betrieben weiter vorstößen...

Auf der Elbe konnten die Unternehmer mit Hilfe des Gesamtverbandes den Lohn um 10 1/2 Prozent abbauen. Nicht Tage vor Fällung des Schiedspruches gab die Wogen des Gesamtverbandes auf der Elbe ein Flugblatt heraus...

Schiffe der Ober, Boots- und Steuerleute, nachdem es den Reedern gelungen ist, auf der Elbe den Lohnabbau durchzuführen, werden sie daselbst mit noch brutaleren Mitteln auf der Ober versuchen. Schon wieder sind die Wogen des Gesamtverbandes an: In freier Vereinbarung eine „Reuelung“ zu treffen...

Bergarbeiterkameraden!

Gebt für den Kampffonds zur Untersützung eurer streikenden belgischen Kameraden!

eine Gesellschaftsordnung, die die Unterdrückung und Ausbeutung beseitigt, der Jugend eine freie Entwicklungsmöglichkeit gibt. Die Sowjetunion zeigt den Ausweg den Weg. Dort nimmt sie am Aufbau teil...

Darum! Kamraden! Kämpft mit in den Reihen der revolutionären Arbeiterklasse. Keiner meldet sich beim „Freiwilligen Arbeitsdienst“...

Elternheiratswahlen!

Schweidnitz. Profetarische Eltern der evangelischen Knaben-Vollschule: Erscheint vollständig am Freitag, dem 19. August, um 20 Uhr, in der Aula, zur Elternversammlung...

Arbeiter-Kameraden!

Schweidnitz. Zweck Ausstellung in einigen russischen Orten. Sendet bitte Fotos oder kleine Plakate euer Bewegung, (als Geschenk) an: B. Siegert, Herrenstraße 22...

Aus Niederschlesien

Polizei macht Hausdurchsuchungen bei revolutionären Arbeitern

Sagan. Am Freitag, dem 11. August, wurden seitens der Polizei einige Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der KPD. und deren Nebenorganisationen nach Waffen, Mundschreibern, Listen etc. vorgenommen...

Faschistische Methoden des Amtsrichters Hoffmann

Sagan. In einem Prozeß erschien ein Arbeiter in einem roten Hemd, da er kein anderes besitzt. Der „noble“ Amtsgerichtsrat wollte nun den Arbeiter, der ihm auf seine Fragen keine Antwort schuldig blieb, bestrafen oder ausweisen lassen...

Zählermiete wird beseitigt

Sagan. Wir wir erfahren, hat der Magistrat in seiner Sitzung am 9. August beschlossen, die Zählermiete für Gas und elektrisches Licht ganz zu beseitigen. Das heißt also, es wird keine Zählermiete mehr bezahlt...

Aktion! Wohlfahrtserwerbshilfe!

Plattitz. Die in voriger Woche bekanntgemachte Verhandlung der Unterstützungszahlungen, erfolgt nicht. Es wird weiter wie bisher am Freitag und Sonnabend im neuen Rathaus gezahlt...

Zwangsarbeitsdienstpflicht auch für Verheiratete

Wannitz. Die „Me Tante“ bringt am Mittwoch einen schönen Artikel über die Arbeitsdienstpflicht bei der Partistregulierung. In Wirklichkeit ist das Gegenteil dort vorhanden. Die Arbeitsdienstpflichtigen kennen kein schmerzhaftes Essen, auch arbeiten sie nicht in Kreiden für ihre Heimat...

Erwerbslose! Das sind die Erfolge der „Freiwilligen Arbeitsdienstpflicht“, welche die Führer des ADGB. aus der Taufe gehoben haben. Das muß ein Alarm sein, für alle Erwerbslosen...

Nur gemeinsamer Kampf verhindert diese Durchführung der Hungermaßnahmen gegen die Erwerbslosen. Deshalb stärkt die Antifaschistische Aktion.

Weg mit der Arbeitsdienstpflicht. Wir wollen Arbeit, Freiheit und Brot.

Schließt euch zur roten Einheitsfront, zum roten Massenselbstschutz zusammen, kämpft gegen die faschistischen Hungermaßnahmen.

Reaktionäre Einheitsfront gegen die KPD.

Beuthen a. Oder. Daß das hiesige Flugblatt in der Handfläche auf Kommunisten heißt, ist nichts mehr Neues. Aber die freche Lüge über Anpöbelungen der Kommunisten gegenüber den Nazis, in der Montagausgabe, spottet jeder Bekehrung...

Am Wahlsonntag sahen auf der Bank vor dem Wahllokal einige Arbeiter, davon ein SPD.-Mann, ein Parteiloser und ein Kleinbändler. Wählig kommt ein Trupp ankünftiger Nazis auf Motorrädern und dem berühmten Auto des Zahnarzt Schröder...

Diese gemeine, infame Lüge trug dazu bei, daß ein Kleinbändler sich äußerte, die Kommunisten müßten alle an die Wand gestellt werden. Dieser Kleinbändler, Furmann, scheint ganz zu vergessen, daß seine Existenz nur durch die Großen der Arbeiter aufgebaut und erhalten wird...

Arbeiter, führt weiter euren geschlossenen Kampf in der Antifaschistischen Aktion, unter Führung der KPD. Heraus mit den Drecksblättern aus euren Wohnungen, die auf ehrlische, Klassenbewußte Arbeiter haben. Ist die „Arbeiter-Zeitung“ das Blatt der Faschisten...

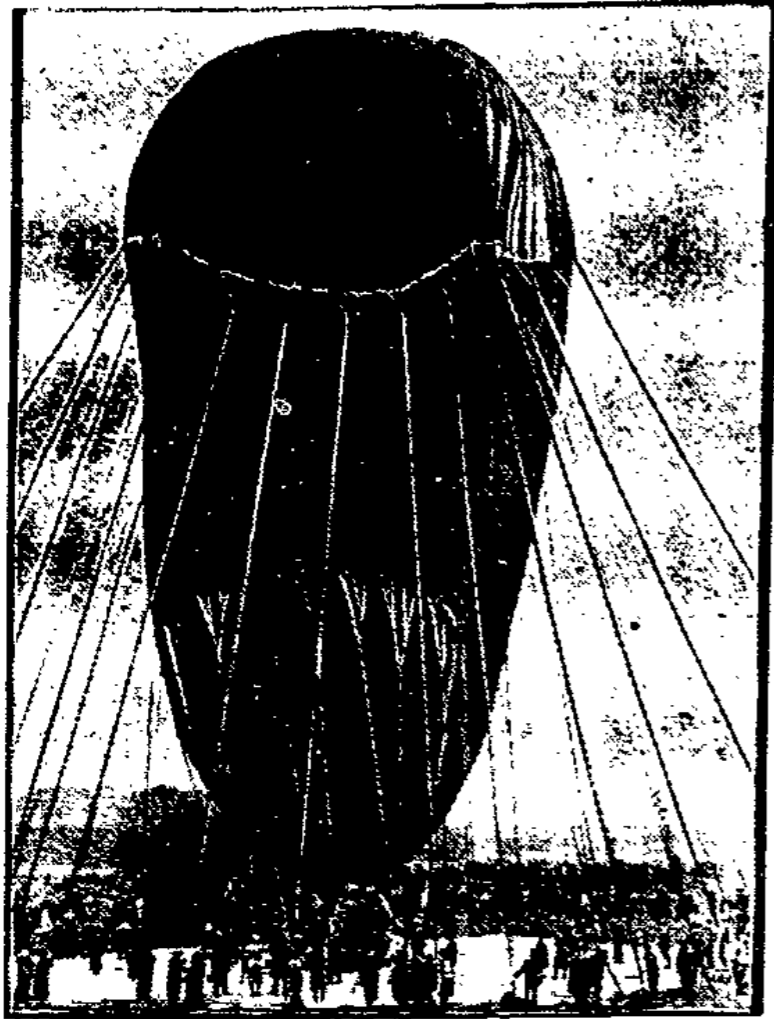
RUND UM DEN ERDBALL

Rätsel im Weltraum

Der Zweck des zweiten Stratosphärenfluges Professor Piccards

Zürich, 18. August. Professor Piccard ist heute um 5.07 Uhr morgens vom Züricher Flughafen Dübendorf zu seinem zweiten Stratosphärenflug gestartet. Um 12.45 Uhr befand sich der Ballon mit Professor Piccard über dem Gardasee, weiter in südlicher Richtung segelnd. Der Ballon hat die Höhe von 18 000 Meter überschritten und um 14.10 Uhr wurde er über dem Trentino-Spiz geistert, wo er sich bereits im Sinken befindet.

Im Zusammenhang mit dem Aufstieg Professor Piccards wurde sehr viel über die „Geheimnisse der Stratosphäre“ geschrieben, deren Erforschung der Flug dienen sollte. Was sind das für Geheimnisse, deren Spur Piccard verfolgt?



Der Hauptzweck des Fluges war, das Rätsel der Weltraumstrahlen der Lösung näherzubringen. Unter Weltraumstrahlen versteht man Strahlen von sehr kurzer Wellenlänge, und zwar beträgt diese nur Bruchteile eines milliardstel Millimeters. Man bezeichnet Strahlen mit derartigen kurzen Wellenlängen auch oft als „Hartstrahlen“.

Wo kommen nun diese Strahlen her? Man glaubt heute mit großer Sicherheit annehmen zu können, daß die Quelle dieser Strahlen die überall im Weltraum verstreuten sogenannten Spiralnebel bilden, die man bekanntlich als die Geburtsorte neuer Weltkörper ansieht. Bei den in diesen Spiralnebeln ständig vor sich gehenden Energieumwandlungen sollen die rätselhaften „Weltraumstrahlen“ entstehen. Daß durch

derartige Energieumwandlungen Strahlen sehr kurzer Wellenlänge entstehen, ist bekannt. Ein Beispiel dafür hat man im Radium. Bei der Umwandlung des Radiums in Blei entstehen gleichfalls „Hartstrahlen“.

Was bedeutet eigentlich die „Härte“ dieser Strahlen? Das ist sehr interessant. Alle diese Hartstrahlen haben ein mehr oder weniger großes Durchdringungsvermögen. Man hat Berechnungen aufgestellt, daß sie selbst noch durch eine Bleiplatte von etwa 1 1/2 Meter Stärke glatt hindurchgehen. Auch in den in der Medizin benutzten Röntgenröhren entstehen „Hartstrahlen“, wenn auch selbst die härtesten der Röntgenstrahlen höchstens nur eine Bleiplatte von etwa einem Zentimeter Stärke durchdringen können.

Alle sehr harten Strahlen haben aber die Eigenart, daß sie beim Auftreffen auf einen Körper in „weiche Strahlen“ umgewandelt werden, d. h. in Strahlen größerer Wellenlänge. Diese Umwandlung erfahren auch die Weltraumstrahlen, wenn sie aus dem fernen Weltraum durch die die Erde umgebende Luftschicht auf die Erde gelangen. Man kann sagen: zum Glück, denn

wenn diese Umwandlung nicht stattfinden würde, so würde jedes tierische oder pflanzliche Gewebe schon nach einem winzigen Bruchteil einer Sekunde nach dem Auftreffen dieser Strahlen vollständig zerstört werden.

Es ist so ziemlich bekannt, daß selbst die Röntgenstrahlen bereits imstande sind, organische Gewebe zu zerstören. Schon vor Jahren machte ein deutscher Forscher mit viel weichen Strahlen Versuche, bei denen sich z. B. Rizinusöl in ganz kurzer Zeit in einen festen Körper verwandelte, während die Keimlinge der verschiedensten Pflanzen abstarben. Hätte also die Erde keine sie umgebende Luftschicht, so wäre auf ihr längst alles Leben getötet, ja es hätte sich ein solches überhaupt nicht entwickeln können; die Erde gliche also einem starren, toten Gesteinsball.

Es leuchtet also wohl ein, warum Professor Piccard die Weltraumstrahlen gerade in den höheren Schichten der Erdatmosphäre untersuchen wollte. Einfach deshalb, weil ihre Beobachtung dort wesentlich leichter durchführbar ist als z. B. direkt auf der Erde, da ja in der Stratosphäre — d. h. in einer Höhe von über 10 000 Metern über dem Erdboden — die Strahlen bedeutend stärker sind, weil eben der umwandelnde Einfluß, den die die Erde umgebende Luftschicht auf sie ausübt, dort viel geringer ist.

Die Erforschung der Stratosphäre ist auch verkehrstechnisch von gewaltiger Bedeutung. Es soll in der Stratosphäre möglich sein, einen Flug von Europa nach Amerika in wenigen Stunden zu bewerkstelligen.

Für Arbeiter ist die Sonne überflüssig

Die Urlaubsfrage hier und in der Sowjetunion

Noch vor nicht langer Zeit galten Urlaub und Sommerfrische zu den Erfordernissen, die die Heilkunde einem jeden beruflichen Tätigen zubilligte. Im Urlaub sollte der Mensch seine Kräfte soweit wieder herstellen, daß er den Anforderungen seiner Arbeit für ein volles Jahr wieder gewachsen war. Die gesamte Wissenschaft, allen voran die Hygiene, jener Teil der Medizin, der sich mit der Gesunderhaltung des Körpers beschäftigt, war sich darüber einig, daß ein jeder Urlaub möglichst außerhalb der Stadt in einer schön gelegenen, klimatisch günstigen Gegend verbracht werden sollte. Ferienheime, Urlaubslagen, ja ganze Vereine wurden gegründet, um ihren Mitgliedern eine derartige einmalige Erholungsreise jährlich zu ermöglichen.

Spätere es doch schon immer bei der Ausführung all der so schon zurecht gelegten Reisepläne für den Arbeiter und den kleinen Angestellten an den zu hohen Reisekosten, die sich ja immer noch um den Betrag, den die Weiterführung der Wohnung in der Stadt ausmacht, vermehren. Je schlechter die wirtschaftliche Lage der Werktätigen wurde, je leichter die Durchführung des notwendigen Urlaubs wurde, desto häufiger und lauter wurden die Stimmen berühmter und gelehrter Wissenschaftler, die sich um den Nachweis bemühten, daß eine Urlaubsreise eigentlich Luxus sei, den der arbeitstätige Stadtbewohner sehr wohl entbehren könne. Den Anfang machte der inzwischen verorbene Professor für soziale Hygiene von der Universität Berlin, Großhahn. Dieser Sozialdemokrat, dessen reaktionäre Vorschläge auf anderen Gebieten ihm heftige Angriffe aus dem Lager seiner eigenen Parteifreunde eingetragen haben, behauptete allen Ernstes, daß die Dachgärten, wie sie gelegentlich in der Großstadt zu finden sind, geeignete Erholungsstätten darstellen als die Kurorte an der See oder im Gebirge. Was natürlich die Ärzte meist nicht hindert, auch weiterhin ihren reichen Patienten einen langen Kuraufenthalt fern von den Mauern der Großstadt, den Armen dagegen eine „Hauskur“ vorzuschlagen.

Dem Vorbilde Großhahns folgend, unternimmt es nun ein jüngerer Gelehrter, der Dozent Dr. Ellinger, den Nachweis zu erbringen, daß „das Strahlungsklima der deutschen Großstadt durchaus nicht so ungünstig ist, wie man es meist annimmt“. Bei der Beurteilung der gesundheitlichen Bedingungen, unter denen die Großstadtbewohner, besonders aber die Jugend zu leben hat, sind von ganz besonderer Wichtigkeit Menge und Stärke der ultravioletten Strahlen, jenes Teiles im Sonnenlicht, den wir jenseits des Blau nicht mehr sehen, dafür aber als besonders für das Wachstum und die Gesundheit von Pflanzen und Tieren wirksam jederzeit bemerken können. Wie ungeheuer notwendig gerade diese Strahlen sind, sieht man aber erst, wenn man Lebewesen beobachtet, die in dunklen Kellern, in

finsternen Wohnungen unter teilweisem oder völligem Ausschluß der Sonnenbestrahlung aufgewachsen sind. Das bleiche, grünlich-graue Aussehen der Kartoffelkeimlinge, das blutere, blasse Gesicht des Kindes aus dem Keller des Hinterhofes haben die gleiche Ursache: Mangel an Sonnenbestrahlung, das Fehlen des ultravioletten Lichtes.

Wenn es sich nur um die Behebung des ungesunden Aussehens handeln würde, so könnte man natürlich auf die Sonne ganz verzichten. Aber das bleiche, blass, krankhafte Aussehen des licht- und luftlos aufgewachsenen Menschen ist immer das Anzeichen schwerer innerer Erkrankung. Englische Krankheit, Stomatitis, schwerste Formen der Blutarmut, geistige Zurückgebliebenheit sind häufige Folgen des Mangels an Sonnenlicht, unter dem die Großstädter zu leiden haben. Und da, wo nicht ein gewisser Ausgleich durch besondere hochwertige Ernährung und Körperpflege geschaffen werden kann, sind oft schwerste, nie wieder zu behobende Gesundheitsstörungen die Folge, fordern Lungenschwindsucht und Mangelkrankheiten ihre Opfer unter allen Altersklassen.

Auch der gelehrte Dr. Ellinger sieht diese Zusammenhänge. Was aber empfindet er zur Abhilfe? „Die Hausdächer als Gärten umzubauen.“ Dadurch können alle Schädigungen vermieden werden, und der teure Urlaub, auf den ja nur die Werttätigen in der Sowjetunion einen gesetzlichen Anspruch haben, kann wegfallen. Denn „unser Großstadtbewohner braucht trotz der gegenwärtigen sozialen Notlage nicht zu fürchten, besonders geschädigt zu werden, weil ihr Urlaubsreisen nicht mehr im bisherigen Umfange möglich sind, und sie also auch im Sommer in der Stadt leben muß.“

Im Gegensatz zu den Vertretern der „freien und unabhängigen“ bürgerlichen Wissenschaft muß die Arbeiterklasse Deutschlands, müssen alle Werttätigen verlangen, daß neben einer Hebung der wirtschaftlichen Lage eines jeden einzelnen, neben der Verbesserung der Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse auch die Urlaubsfrage im Rahmen einer groß angelegten, wirklich den Interessen der Werttätigen dienenden Sozialversicherung, so geregelt wird, wie dies in der Sowjetunion der Fall ist, wo ein jährlicher Anspruch auf vier Wochen Urlaub für jeden Arbeiter und Angestellten besteht. Gleichzeitig erfolgt aber dort auch die entweder völlig kostenlose oder nur an einen geringen Zuschuß gebundene Unterbringung des Erholungsbedürftigen in einem der herrlich gelegenen Sanatorien durch Vermittlung der Versicherungskassen. Allerdings haben die Sowjets durch Enteignung der Fürsten und der Bourgeoisie in den Palästen und Kurorten Plätze für die Arbeiter geschaffen. . .

Dr. Wilhelm Swienty

Tornadoverheerungen in Französisch-Westafrika

Paris, 18. August. Nach einer beim Kolonialministerium aus Dakar eingetroffenen Meldung wütete am vergangenen Sonntag in der Nähe von Bamako ein Tornado, der neben ungeheurem Materialschaden auch zahlreiche Menschenleben forderte. Die Eisenbahn in der Gegend von Bamako wurde zum größten Teil zerstört. Ein Lokzug wurde aus den Schienen geworfen. Der Zugführer und ein Reisender wurden getötet. Sechs Eingeborene wurden von den Wassermassen fortgerissen und ertranken. Mehrere Fabriken sind fast vollkommen zerstört worden. Mehrere hundert Eingeborenenhäuser wurden fortgespült. Die Zufahrtsstraßen sind für den Verkehr unbrauchbar geworden.

Dichter Nebel verursacht Schiffsunfälle im Kanal

London, 18. August. Infolge des außerordentlich dichten Nebels, der am Mittwoch und in der Nacht zum Donnerstag über dem Kanal herrschte, kam es zu verschiedenen ernsthaften Zwischenfällen im Schiffsbetrieb. Hunderte von größeren und kleineren Schiffen wurden im Kanal aufgehalten. Das deutsche Tankerschiff „Elsa Egberger“ aus Hamburg stieß mit dem kleinen englischen Dampfer „Sarnia“ zusammen. Die „Sarnia“ erlitt schwere Beschädigungen am Bug, konnte jedoch den Hafen von Dover erreichen, wo später auch die „Egberger“ ankerte. Der deutsche Dampfer „Madai“, der sich auf der Fahrt nach Westafrika befindet, erreichte Southampton mit elf Stunden Verspätung. Der Cunard-Amerika-Dampfer „Aquittania“, der am Mittwochmittag in Southampton fällig war, war bis zum Donnerstagmorgen noch nicht dort eingetroffen, da er infolge des Nebels während der ganzen Nacht vor der Insel Wight ankern mußte.

Großfeuer in der Oberpfalz

M. Nürnberg, 18. August. Am Donnerstagfrüh, 4 Uhr, fand plötzlich das am Bahnhof Waldthurn liegende Sägewerk Ferdinand Weiß, ein Zweigbetrieb der Firma in Frankfurt am Main, in Flammen. Das Feuer breitete sich mit großer Schnelligkeit auf die Gatteranlage und Spezialmaschinenräume aus, die ebenso wie das Maschinenhaus als Brandherd vollständig ausbrannten. Das Feuer griff auch auf die großen Lagernden fertigen und rohen Holzportale und Riesenbretterstöbe über. Nur der völligen Windstille ist es zu danken, daß das Feuer auch nicht auf das Wohnhaus der Angehörigen, auf die Stallungen, das Hobelwerk sowie auf den nur durch das Bahngleis getrennten Bahnhof Waldthurn übergriff. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt. Es wird Brandstiftung angenommen. Der Schaden soll über 100 000 Mark betragen.

Todessturz einer Seiltänzerfamilie

Zwei Tote, ein Schwerverletzter

Mannheim, 18. August. Bei der Abschiedsvorstellung der Seiltänzerfamilie Albert Franke, die seit einigen Tagen auf dem Neck-Platz in Schwetzingen gastierte, ereignete sich am Mittwochabend ein schweres Unglück. Infolge eines Materialfehlers und der Unvorsichtigkeit eines Angestellten stürzte die eine Gerüstflanke ein. Das Seil fiel und die auf dem 12 Meter hohen Seil arbeitenden vier Personen sausten in die Tiefe. Während der Befreier ohne Verletzungen davonkam, stürzten die drei übrigen, die zwölfsjährige Tochter und der elfjährige Sohn des Besitzers sowie der sechzehnjährige Artistenlehrling Hans Keuner, so folgenschwer, daß sie blutüberströmt vom Blute getragen werden mußten. Im Städtischen Krankenhaus sind die beiden Kinder im Laufe der Nacht ihren schweren Verletzungen erlegen. Der Lehrling liegt mit Knochenbrüchen und inneren Verletzungen noch schwer darnieder.

Großer Fabrikbrand in Werdau

Werdau, 18. August. In einem dreistöckigen Nebengebäude der Vigogne Spinnerei von Scherff brach am Mittwochabend ein Feuer aus, das sich schnell ausbreitete und das ganze Gebäude in Asche legte. Die Feuerwehr hatte bis um Mitternacht mit der Bekämpfung des Feuers zu tun.

Mollison zum doppelten Ozeanflug gestartet

London, 18. August. Am Donnerstag um 11.35 Uhr startete der Piloter Mollison von Port Marnock in Irland zum Ozeanflug nach Amerika, wo er anschließend sofort nach Europa zurückfliegen will.

Blutiges Familiendrama im Eisenbahntunnel

Ein blutiges Familiendrama ereignete sich im Personenzug Agram-Sufak in dem Augenblick, als der Zug das große Tunnel vor Sufak passierte.

Als es wieder Licht wurde, bemerkten die Reisenden in einem Wagenabteil 3. Klasse, daß eine junge Frau im Tunnel erschossen worden war und blutüberströmt leblos am Boden lag.

Es war dies die Gattin eines Polizeiwachmeisters von Sufak namens Stephan Belac. Das Ehepaar, das seit langem miteinander in Unfrieden lebte, reiste zusammen von Karlowac nach Sufak. Auf der Fahrt kam es zwischen ihnen neuerdings zu einem heftigen Streit. Im Tunnel gab der Polizist zwei Schüsse auf seine Frau ab, die wegen des Geräusches des Eisenbahnzuges von den Mitreisenden nicht gehört worden waren. Die Frau war auf der Stelle tot.

Wachmeister Belac hatte sich gleich nach der Tat in den Abtritt begeben, wo er auch auf sich einen Schuß abgab und sich schwer verletzte.

Mit dem Ehepaar reiste auch dessen siebenjähriges Töchterchen, dessen verzweifelte Hilferufe die Aufmerksamkeit der Reisenden auf das blutige Drama lenkten.

Buchdrucker, fordert General-Mitglieder-Versammlung

In unserem gestrigen Bericht über die Korruption im Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Breslau, hatten wir bereits auf die am Sonntagvormittag stattfindende General-Mitglieder-Versammlung hingewiesen...

Die gesamte Kollegenschaft im Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Breslau, muß mit aller Rücksichtslosigkeit Rechenschaft von den Verantwortlichen dieser Korruption fordern.

Proleton-Wochenspielplan

Die spanische Fliege — und eine Neuaufführung des Groß-Tonfilms. Ab Freitag zeigt das Proleton, Gabsitzstraße 20, wiederum ein sehr interessant zusammengestelltes Programm.

Terrorurteil des Breslauer Sondergerichts

„Aufreizende und gemeingefährliche“ Reden einer Arbeiterfrau

Breslau. Die mit faschistischen Methoden arbeitenden Sondergerichte haben ihre eigene Methodik. Sie legen die fast stets mit Waffen angehenden Faschisten auf die Zeugenbank, und die eigentlichen Ankläger, die angegriffenen antifaschistischen Arbeiter und Arbeiterinnen, auf die Anklagebank und verurteilen sie.

Frau Steiner gab auf die Beleidigungen und Provokationen schlagfertige und witzige Antworten, so daß sie die Lächer der Diskussionsgruppe auf ihrer Seite hatte.

Der „unpolitische“ Nazi

Alle Entlastungszeugen, zu denen sich während des Prozesses noch drei neue meldeten, hielt das Gericht teilweise für „unerheblich“, teilweise wurden sie gar nicht vernommen.

Der Staatsanwalt beantragte wegen angeblich aufreizender Neben sechs Monate Gefängnis und das Gericht verurteilte die unvorbestrafte Frau Steiner zu vier Monaten Gefängnis.

„Und richten sie die Gewehre...“

Wie wir erst jetzt erfahren, beschlagnahmte die Polizei bei der Säusuchungskampagne vorige Woche in Langenbielau eilige Pro-

Widersprechende eidliche Zeugenaussagen der Nazi-Mord,,helden“ vorm Brieger Standgericht

Vorsitzender entzieht Verteidiger das Wort — Eidliche Aussagen nazifreundlicher Reichswehrsoldaten gegen eidliche Aussagen zweier Zeuginnen — Prozeßführung bis zum Umfallen

Brieg. Dritter Verhandlungstag. Zu Beginn der Verhandlung am Mittwoch stellte die Verteidigung eine Reihe neuer Beweisangebote, durch die die Schuld der Nazis einwandlos fest zu machen sei.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden nun die Vorgänge auf der Oberstraße, dem Schloßplatz und der Poststraße verhandelt. Bei den Zeugenaussagen trat vor allem Dingen sehr beachtlich in Erscheinung, daß die Zeugen sich ebenso wie am Tage zuvor, oftmals in Widersprüche verwickelten.

Als daraufhin der Rechtsanwalt Mosbach an den Zeugen einige Fragen richtete, fällt ihm der Vorsitzende kurzerhand ins Wort und als der Rechtsanwalt ihm darauf etwas erwidern wollte, entzog ihm der Vorsitzende einfach das Wort mit dem Bemerkung, daß er nur den Zeugen dumm machen wolle.

Die gesamte Arbeiterchaft muß gegen diese Art der Behinderung, sowie gegen jede Behinderung der Verteidigung schärfsten Protest erheben. Die Behinderung der Verteidigung ist der beste Ausdruck für die faschistische Sondergerichtsbarkeit in Hindenburg-Deutschland.

Nur die Nazis haben geschossen

Es ist aber auch geradezu unglaublich, mit welcher Manier die Nazizugehen auftreten, um ihre Schuld und den Ort der Schießerei zu verschleiern. So behaupten einige derselben, es sei von vorn geschossen worden, andere sagen wieder von links, andere wieder von rechts.

Es ist aber auch geradezu unglaublich, mit welcher Manier die Nazizugehen auftreten, um ihre Schuld und den Ort der Schießerei zu verschleiern. So behaupten einige derselben, es sei von vorn geschossen worden...

„Und richten sie die Gewehre...“ in Ermangelung anderen Materials. Da diese Broschüren nicht verboten sind oder auf Grund irgendeiner Rotterordnung nicht verbreitet werden dürfen, bleibt uns nichts anderes übrig als anzunehmen, daß die Herren von der Polizei reges Interesse an unseren Broschüren haben...

Jungproleten, zeigt, daß nicht nur die Polizei und andere Staatsorgane Interesse für unsere Broschüren aufbringen, sondern auch jeder von euch muß sich unbedingt diese Broschüre, die aus dem Leben der Roten Armee berichtet, besorgen. Denn die Broschüre ist nicht für die Polizei, sondern für euch Jungarbeiter geschrieben, damit ihr seht, wie die Rote Armee in Rußland lebt.

Arbeiterfrau mißhandelt

Kurz vor Redaktionsschluß wird uns mitgeteilt: Eine im fünften Monat sichtbar schwangere Frau wurde heute morgen am Arbeitsamt Seminarstraße ohne triftigen Grund unmenschlich mit dem Gummiknüppel bearbeitet und durch sämtliche Räume und die Treppe heruntergeschleift.

Unter den Frauen gab es eine große Erregung. Es bildeten sich Diskussionsgruppen. Einstimmig nahmen die Frauen Stellung gegen das Eingreifen des von der Vorsitzenden der Abteilung bestellten Polizei sowie der Tätlichkeit eines Beamten des Arbeitsamtes.

Wir kommen auf den Fall zurück. Achtung! KJWD-Genossen! „Ist Edo der Spiegel?“ — Fragt sofort eure Polizeier.

MASCH.

Heute 20 Uhr findet in der Margiitischen Arbeiterchule, Wallstraße 21, 3. Stock, ein Vortragabend über das „Dritte Reich in Italien“ statt. Jeder Klassenbewußte erscheint zu diesem wichtigen Vortrag. Unkostenbeitrag 10 Pfennig.

Reichswehr-Unteroffizier mit dem Hakenkreuz

(Arbeiterkorrespondenz)

Oblau. Gelegentlich eines Tanzabergnügens mußten einige Teilnehmer feststellen, daß der Reichswehr-Sanitätsunteroffizier Jung sich mit einem Rindvieh abzugeben an der Brust öffentlich im Saale zeigte.

der Zeuge drei bis vier Schüsse gehört haben, dann folgte ein lebhaftes Feuer ein und zwar aus den Sträuheren des Schloßplatzes, in denen die SA. hand. Einem SA-Mann wurde auch dort ein Revolver abgenommen.

Nazi und „unpolitische“ Reichswehrsoldaten sagen eidlich aus

Die weiteren Nazi-Zeugenaussagen sollten dazu dienen, die angeblich schlagenden und schießenden Reichsbannerarbeiter festzustellen, jedoch keiner der vielen Zeugen vermochte irgendwelche positiven Angaben zu machen.

Im Verlauf der weiteren Verhandlung lief beim Vorsitzenden des Sondergerichtes

ein Protesttelegramm der Roten Hilfe

ein, welches die Freilassung der unschuldig angeklagten Arbeiter forderte. Das tagelange Eitzen und die ungeheure Hitze im Verhandlungsraum, macht die Angeklagten vollkommen verhandlungsunfähig.

Vierter Verhandlungstag

Am Donnerstag wurde mit der Zeugenvernehmung fortgesetzt. Im Verlauf des Vormittags wurden auch die Sachverständigen gehört. Zu dem Urteil der Sachverständigen kam einbeutig hervor, daß der Nazizeuge, der recht theatralisch seinen verwundeten Rücken mit der langen Wunde zeigte und behauptete, daß er die Verwundung an diesem Tage in Oblau erhalten hätte, bewußt die Unwahrheit gesagt hatte.

Im Verlauf des gestrigen Tages wurden auch vier Angeklagte aus der Haft entlassen, obwohl sich der Staatsanwalt mehrfach dagegen verwahrt hatte.

Die Verhandlungen, die heute noch andauern, werden mit der Zeugenvernehmung am heutigen Vermittag abschließen.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplowitz in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inzerat: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Proleton - Tonfilmbühne Gabsitzstraße 20 Höfchenstraße 49. Beginn 5.30 Uhr, 7 und 8.30 Uhr. Ab Freitag, den 19. August bis Donnerstag, den 25. August Eine Neuaufführung Grock Warum? Tausende und Abertausende haben sich an seinem köstlichen Humor, seiner genialen Komik erfreut und wollen es nochmals. Neueste Tonwochenschau Die spanische Fliege Freu' Dich, Papa — Nun bin ich Da! Ein Schwank mit stürmischer Heiterkeit Sonntag, den 21. August um 2.30 Uhr, Große Kindervorstellung Grock und großes Besprogramm. Fleisch- und Wurst Richard Krasch Breslau, Adalbertstraße 15 Klosterstraße 49 Matthiasstraße 166 Neue Taschenstr. 30 Tiergartenstraße 26. Viel-Kristall Vasen, Schalen, Karaffen, Zerstücker, auch handgemalte Porzellan bis auf weiteres zu jedem nur noch annehmbarem Preise. Martha Becker Alte Taschenstraße Nr. 2-4 auf der Ostauer Straße

Konsumvereine trachten zusammen!

Drei Zahlungseinstellungen reformistischer und christlicher Genossenschaften — Kämpft mit der revolutionären Genossenschaftsopposition!

Nachdem bereits in den letzten Monaten mehrere reformistische und christliche Konsumvereine ihre Zahlungen einstellen und teilweise Konkurs anmelden mußten, sind in den letzten Tagen wiederum zwei große Konsumvereine und eine Gewerkschafts-Haus-Genossenschaft zusammengebrochen.

Der sozialdemokratische Konsumverein „Vorwärts“, Breslau, mit 15 000 Mitgliedern, der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossen ist, hat am 16. August seine Zahlungen eingestellt. Die Verbindlichkeiten betragen mehrere Millionen Mark. Es soll versucht werden, einen gerichtlichen Zwangsvergleich anzustreben, der aber nach Lage der Dinge kaum Erfolg haben dürfte, so daß es zum Konkurs kommen wird.

Sozialdemokratische Führerreihe hat den berüchtigten früheren Reichspräsidenten Brügel, jetzt Geschäftsführer bei der „Bauhütte“, zum Vertrauensmann der Gläubiger vorgeschlagen. Brügel, der selbst in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterkassen keinen funktionsfähigen Vertrauen mehr besitzt, soll die Interessen der Spargläubiger wahrnehmen. Die Bestellung dieses Mannes ist eine Provokation der proletarischen Konsummitglieder.

Weiter hat der Beamtenwirtschaftsverein Berlin eine dem Christlichen Reichsverband angehörende Konsumgenossenschaft mit 120 000 Mitgliedern vor einigen Tagen ebenfalls die Zahlungen eingestellt. Auch hier wird versucht, durch einen Zwangsvergleich den Konkurs abzumenden, was aber ebenfalls kaum gelingen dürfte.

Schließlich hat auch das Gewerkschaftshaus in Plauen, ebenfalls eine Genossenschaft, den Konkurs angemeldet, nachdem das angebotene Vergleichsverfahren gescheitert ist.

Die Berliner Konsumgenossenschaft, der größte deutsche Konsumverein mit rund 200 000 Mitgliedern, befindet sich ebenfalls in akuten Zahlungsschwierigkeiten. Nur dadurch, daß der NSD. von der Preußenkasse ein weiterer kurzfristiger Kredit von mehreren Millionen Mark gegeben wurde, sind ihr im Augenblick schwerwiegende Entschlüsse erspart geblieben.

Die Zahlungseinstellungen und Konkurse reformistischer und christlicher Konsumvereine und auch von Gewerkschaftshaus-Genossenschaften nehmen immer größeren Umfang an. In den letzten Monaten sind die dem NSD. angeschlossenen sozialdemokratischen Konsumvereine in Neuriedel, Seest, Palberstadt, Gotha und jetzt in Breslau zusammengebrochen. Im Christlichen Verband haben die Beamtenvereine in Osnabrück und München und jetzt der Beamtenwirtschaftsverein Berlin ihre Schalter geschlossen. Außerdem mußten die Gewerkschaftshäuser in Wittenberg, Potsdam und Plauen Konkurs anmelden. Fast alle größeren und mittleren Konsumvereine befinden sich in außerordentlich großen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und es wird nur eine Frage der Zeit sein, wann weitere Zusammenbrüche erfolgen.

Als es der reformistischen Genossenschaftsbürokratie gelungen war, durch planmäßig organisierten Vernichtungsfeldzug den gesellschaftlichen Terror der roten Konsumvereine in Halle und Merseburg zu verhindern, da heute die sozialdemokratische Presseleute über die „Wirtschaft“ der kommunistischen „Abbruchkolonnen“ in den Arbeiterkonsumvereinen.

Nun, wo immer wieder sozialdemokratische und christliche Konsumvereine zusammenbrechen, ohne daß bei ihnen, wie in Halle und Merseburg, ein Sturm aus die Startlöcher, eine Austrittskampagne der Mitglieder und ein Stückchen organisiert werden wäre, ohne daß sozialdemokratische Zentralinstanzen im Bunde mit dem Staatsbankrott immer neue Vernichtungsmöglichkeiten durchgeföhrt haben, ist es in der sozialdemokratischen Presse merkwürdig still geworden.

Die jahrelangen Zusammenbrüche reformistischer und christlicher Genossenschaften sind das Ergebnis der kapitalistischen Kräftepolitik der Bürokratie, die Folge des völligen ideologischen und geschäftlichen Bankrotts der Genossenschafts-„Sozialisten“. Wir haben diese Entwicklung, die zwangsläufig aus dem völligen Vernichten der Konsumvereine mit dem Finanzkapital herauswächst, seit Monaten vorausgesehen. Wir haben immer wieder nachgewiesen, daß die Konsumvereine ihre Existenz nur verteidigen können, wenn sie eine bewußte proletarische Klassenpolitik treiben und sich mit ihrer ganzen Organisationskraft eingliedern in den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Das aber lehnt die reformistische Genossenschaftsbürokratie konsequent ab und vertritt damit die Existenzgrundlage der Konsumvereine. Die Opfer dieser reformistischen Politik sind die Millionen der Mitglieder, die ihre Geschäftsanträge und Spargelder verlieren und in vielen Fällen auch noch zur Bezahlung der Restsumme herangezogen werden. Würde die Genossenschaftsbürokratie vom Reich und der Preußenkasse in den letzten Monaten nicht schon rund 60 Millionen Mark Kredite bekommen, dann bekämen eine ganze Anzahl Konsumvereine heute längst nicht mehr. Auf die Dauer aber können auch die Staatskredite den drohenden Zusammenbruch ebensowenig aufhalten, wie die brutalen kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen auf Seiten der Mitglieder, der Arbeiter und Angestellten der Genossenschaften.

Nur die revolutionäre Genossenschaftsopposition zeigt den Millionen genossenschaftlich organisierter Verbraucher, den einzig möglichen Weg der Erhaltung der Genossenschaften. Sie fordert die Einbeziehung der Genossenschaften in allen Kämpfen der Arbeiterklasse, insbesondere die ideelle und materielle Unterstützung aller Streiks der Arbeiter. Nur so wird es gelingen, die proletarischen Konsumvereine im Sturm der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu erhalten, sie gegen alle Angriffe des Faschismus zu verteidigen und den Genossenschaftsmitgliedern in der Arbeiterschaft lebendig zu erhalten.

An die Mitglieder aller Arbeiterkulturorganisationen

Hierher: durchgeführte Rüstungsreform in den Ländern Europas und Amerikas sollen erneut den „fortschrittlichen Geist der Zivilisation“ beweisen. Fortschrittlich in der Richtung auf neue Waffenrüstungen!

Strenge wir uns nicht der Schmach aus, diese Vorgänge nicht zu verstehen oder zu läßt zu verstehen! Unmilyverständlich kommt aus keinem Stadtrichter paulenbe Militärmusik das vaterländische „Stolz in der Brust — Siegesbewußt“, mit Gott für Generale und die Schwerindustrie! Begreift du den heimtückischen Zweck, für den deine „zivilen Gefühle“ mit Militärmusik-Blodenschwall und Predigerkommandos aufgerüstet werden sollen? Beobachte die phantastische Höhe der Zahlen der Rüstungsbudgets, den ungeheuren Rüstungsumfang, die wachsende Produktion in den Betrieben der Rüstungs- und Chemie-Industrie! Und über die Größe

und Schwere der unmittelbaren Kriegsgefahr dürfte es auch für dich keinen Zweifel mehr geben. Während der japanische Raubkrieg in China mit Fliegerbomben und Gasgranaten barbarisch haust, regelt eine Abrüstungskonferenz in Genf die Gewinne teilung am Rüstungs- und zukünftigen Kriegsgeschäft!

„Der Krieg schleicht heran in einer Maske, die Frieden heißt! Daß dich nicht täuschen! Dieser Krieg gibt dir, Kumpel in Waldenburg und Oberkasseln, genau so, wie unseren Arbeitskollegen an der Ruhr, in Belgien, in Australien! Denn unser internationaler Friedenswille ist das schlechteste Geschäft für Industrie- und Vorkriegskapitäne, die alle nur vom nationalen Paß der Völker leben!

Angeichts dieser schändlichen kapitalistischen Welt — ringsum in Stahl und Eisen starrend — wollen wir die Gewissen all der Schläfrigen und Träumer wachrütteln! Laßt uns den geschlossenen Widerstand unseres Friedenswillens organisieren und ihn schlagend formieren vor unserem Friedenswille: dem Vaterland aller Werktätigen, der Sowjetunion! Von uns allen und jedem von uns hängt es ab, ob der Krieg, der im Osten gegen China begonnen wurde, zu einem Interventionskrieg gegen die Sowjetunion erweitert werden kann.

Henry Barbusse, Romain Rolland, N. Mann, Upton Sinclair, Maxim Gorki, Theodor Dreiser und hunderte von Geistesarbeitern haben ihren Protest gegen den drohenden Krieg in einem Appell vereinigt, der zur Einberufung eines internationalen Antikriegskongresses aufruft. Dieser Kampfkongress gegen den imperialistischen Krieg tagt nunmehr am 27. und 28. August in Amsterdam.

Die Gewerkschaften der unterzeichneten Organisationen fordern ihre Mitglieder und Ortsgruppen auf, die vorbereitende Tätigkeit der bereits bestehenden Antikriegskomitees rege zu unterstützen, und dort, wo solche Komitees noch nicht bestehen, unter Hinzuziehung der Vertreter aller proletarischen Organisationen, ihre Schaffung sofort zu betreiben und die Sammelaktivität für die Delegation unverzüglich aufzunehmen.

„Nur der Kampf gegen jede Kriegsbedrohung der Sowjetunion gibt uns das Recht, uns Vorkämpfer für die Zukunft zu nennen!“ „No“-Arbeitsgemeinschaft, Breslau, und die Gewerkschaften der Arbeiterkulturorganisationen: Arbeiter-Theaterbund Deutschlands e. V. — Margitische Arbeiterschule — Deutscher Freireiserverband (Opposition) — Gruppe der Arbeiterzeichner (im Bunde revolutionärer Künstler) — Arbeiter-Fotografen — Arbeiter-Epicerant-Bund — Freier Radio-Band — „Fichte“ Wanderpartie — Arbeiter-Mundharmonika-Verein „West“ — Gruppe der Arbeiter-Korrespondenten (im Bund prolet. revolut. Schriftsteller).

Das eiserne Pferd des sozialistischen Aufbaus

„Im zaristischen Rußland gab es keine Massenproduktion von Traktoren. Die Grundbesitzer, die für ihre großen Güter Traktoren verwandten, bezogen sie aus dem Ausland, die Bauern aber, mit Ausnahme der kleinen Schicht von Kulaken, d. h. reichen Bauern, waren viel zu arm, um an Traktoren auch nur denken zu können. Ganz anders wurde die Lage der Bauern unter der Diktatur des Proletariats. Die mehr als 100 Millionen Bauern, die in individuellen handwerksmäßigen Bauernwirtschaften die Unzulänglichkeit und die Qualen der zurückgebliebenen,

barbarischen mittelalterlichen Arbeitsmethoden kennen gelernt haben, erfahren heute die gewaltige Ueberlegenheit und Vorzüge der sozialistischen Arbeits- und Wirtschaftsmethoden, die Ueberlegenheit der Maschine über den Holzpflug, die Ueberlegenheit des Traktors über das Arbeitsvieh.“

So sagt Genosse Kemmele in dem soeben erschienenen 2. Band seines Werkes „Die Sowjetunion“.

Steigert den Literaturvertrieb!

Auf der Melchiorgrube wurden innerhalb zwei Stunden für 10 Mark antifaschistische Literatur verkauft. Auf dem Davidschacht wurden 143 Schichtzeitungen umgesetzt. Im Wohlfahrtsamt Dittersbach wurden in kurzer Zeit für 4 Mark Broschüren, vor allem an „Eisern-Front“-Kameraden, verkauft.

Wo bleiben die vielen anderen Betriebe im Bezirk? In der Betriebswoche der Antifaschistischen Aktion sollte ein Massenumsatz von antifaschistischer Literatur in allen Betrieben und Stempelstellen erzielt werden.

Genossen, benutzt alle Möglichkeiten, um auch auf diesem Gebiete einen gewaltigen Schritt vorwärts zu machen!

Tarifverschlechterung für 300 000 Gemeindearbeiter

In freier Vereinbarung haben jetzt die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit dem kommunalen Arbeitgeberverband, in dessen Vorstand ebenfalls SPD-Führer sitzen, für 315 000 Gemeindearbeiter ungeheure Verschlechterungen festgelegt.

Während bisher 90 Prozent des Lohnes als Krankengeld gezahlt wurden, werden von nun ab nur noch 75 Prozent vergütet. Für dienstplanmäßige Sonntagsarbeit und für Arbeit an Wochenfeiertagen wird der Zuschlag herabgesetzt. In Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern wird der Urlaub um 1 bis 3 Tage verringert.

In einer Zeit, wo die Papen-Regierung die „Ausforderung des Tarifvertrages“ will, wo es darauf ankommt, der faschistischen Reaktion gegenüber jede Position mit aller Kraft zu verteidigen,

stimmen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer freiwillig solchen ungeheuren Verschlechterungen zu. So ebnen sie dem Faschismus weiterhin den Weg!

Arbeiter in allen Betrieben und Gewerkschaften, vereinigt euch zum Kampf um eure Forderungen! Geht über die verräterischen SPD-Führer hinweg!

Antifaschistische Aktion aller Betriebsbeleg-schaften und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter!

Änderung des Naziprogramms

Die Hitlerpartei läßt die arbeitervreundliche Maske fallen Demaskierung auf Befehl der kapitalistischen Gelägeber

Im Programm der NSDAP. heißt es nach Aufzählung der einzelnen Programmpunkte: „Die s e r o - g r a m m i s t u a b a n d e r l i c h.“ Die Praxis aber zeigt, daß das Programm nicht nur eine schlechte Alttappte ist, hinter der die Hitlerpartei ihren reaktionären arbeitervreundlichen Charakter zu verbergen sucht, sondern daß die NSDAP. jeden, Tag, jede Stunde auch bereit ist, auf Befehl ihrer Geldgeber die Alttappte ein wenig beiseite zu schieben und sich so zu zeigen, wie es jeweils das Interesse der Geldgeber erfordert.

Ein krasses Beispiel dafür bietet die Neuausgabe der als Katechismus des Nationalsozialismus geltenden Schrift des Nazitheoretikers Feder: „Der deutsche Staat.“ Vergleicht man diese 7. Ausgabe mit der sechsten, so macht man eine Entdeckung, durch die die abgründliche Verlogenheit der Hitlerpartei und ihr Betrug an den werktätigen Massen mit einem Schlage enthüllt wird. In der 7. Auflage sind nämlich diejenigen Programmpunkte, die, um Arbeiter zu ködern, die „Verstaatlichung der Trusts“ und die „gute“ Entlohnung der Arbeiter forderten, geändert oder überhaupt gestrichen.

Hier ist der Beweis:

6. Auflage (1931), Punkt 13:

„Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden verstaatlicht.“

Die Änderung ist offensichtlich und die Änderung der Demagogie „verstaatlicht“ in die neue Demagogie „bekämpft“ unzweideutig. Aber es kommt noch toller:

6. Auflage (1931):

„... der wahre Unternehmer muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut entlohnen... Das hervorragendste und weltbekannteste Beispiel dieser Art Unternehmer ist Henry Ford. Nicht minder hoch sind in dieser Hinsicht einzuschätzen die Krupp, Kirdorf, Thyssen, Abbé, Mannesmann, Siemens.“

Der Satz: „muß seine Arbeiter gut entlohnen“ wurde in der neuen Ausgabe gestrichen. Was das bedeutet, wird jedem ohne weiteres klar.

Entlarvt überall die Nazi-Führer, zeigt allen Werktätigen, was sie sind: Politische Betrüger! In der NSDAP. ist für einen ehrlichen Arbeiter oder Werkstätigen kein Platz!

7. Auflage (1932):

„Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden bekämpft.“

7. Auflage (1932):

„Der richtige Unternehmer ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe durchaus bewußt, die Erzeugung so einzurichten, daß der Bedarf mit den geringsten Kosten für den Verbraucher gedeckt werden kann, daß die Herstellungskosten immer geringer werden. Wohl das leuchtendste Beispiel solcher wahren Unternehmerdenkweise ist Ernst Abbé... Männer wie Mannesmann, Werner Siemens, Thyssen, Borjig, Krauß, Maffei...“

Der Satz: „muß seine Arbeiter gut entlohnen“ wurde in der neuen Ausgabe gestrichen. Was das bedeutet, wird jedem ohne weiteres klar.